



Im 2. Jahr der Covid-19-Pandemie - eine unendliche Geschichte mit Schrecken

**Dr. Kurt Traar
Wien, Juli 2021**



Inhaltsverzeichnis

0. Einleitung

1. Bilanz der wirtschaftlichen und sozialen Schäden

- 1.1 War die Corona-Krise vorhersehbar?
- 1.2 Welche Corona-Maßnahmen sind wirksam?
- 1.3 Wie wurden international die Anti-Corona-Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung beurteilt?
- 1.4 Eine eher düstere Stimmungslage in unserem Land
- 1.5 Das Ende der Pandemie – ein Schrecken ohne Ende?
- 1.6 Wie kamen die einzelnen Länder 2020 durch das 1. Jahr der Pandemie?
- 1.7 Nachhaltige Erholung bereits 2021 oder erst 2022?

2. Wirtschaftliche Folgen der Pandemie

- 2.1 Wirtschaftliche Schäden versus gerettete Leben
- 2.2 Der von der Pandemie gebeutelte Tourismus
- 2.3 Die prekäre Situation der Selbständigen
- 2.4 Verschleppte Insolvenzen
- 2.5 Gewinner der Wirtschaftskrise
- 2.6 Die öffentlichen Förderungen und Zuschüsse auf dem Prüfstand
- 2.7 Das tägliche Leben mit einer steigenden Inflation

3. Das Leben der Betroffenen

- 3.1 Allgemeine Betrachtungen
- 3.2 Die bedrohliche Arbeitslosenstatistik

4. Wer soll das bezahlen? Wer hat so viel Geld?

- 4.1 Eine unendliche Staatsverschuldung
- 4.2 Das Konjunkturprogramm der EU – ein Turbomotor für die europäische Wirtschaft
- 4.3 Die Europäische Zentralbank(EZB) – ein Goldesel, der immerwährend Golddukatens schießt?
- 4.4 Eine Finanzierung auf Pump – ein modernes Pyramidenspiel gigantischen Ausmaßes

5. Die im Dunkeln sieht man nicht. Vorschläge zur Stärkung der Nachfrage

- 5.1 Einführung eines monatlichen Mindestlohnes von € 1.920,-- - und zwar in allen Kollektivverträgen
- 5.2 Erhöhen der Mindestpensionen (incl. Ausgleichszulage) auf € 1.300,-- netto für Alleinstehende und von € 2.050,-- netto für Ehepaare und Lebensgemeinschaften
- 5.3 Steuerliches Abschöpfen der Einkommen von mehr als dem Zwanzigfachen des österreichischen Durchschnittseinkommens
- 5.4 Erhöhen des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent
- 5.5 Abgelten der Inflation auf private Sparguthaben bis zu € 50.000,--
- 5.6 Lockdown-Gutscheine für den stationären Handel und Dienstleistungssektor

0. Einleitung

Nach einem bereits 16 Monate andauernden Wüten der Covid-19-Pandemie ist es hoch an der Zeit, eine Bilanz über die wirtschaftlichen und sozialen Schäden – verbunden mit Fragen zur Finanzierung zum Wiederaufbau und wirksamen Vorschlägen zur Stärkung der Nachfrage – zu erstellen.

Jegliche soziale und wirtschaftliche Analyse führt zur Kernfrage, ob ein wirtschaftlicher Schaden einem geretteten Leben gegenüber gestellt werden darf.

Die ETH Zürich hat bereits 2020 dem schweizerischen Bundesrat ein Ökonomiepapier vorgelegt, in welchem eine solche Gegenüberstellung vorgenommen wurde.

Wir haben ebenso für Österreich, seine Nachbarländer sowie für weitere interessante Länder (insgesamt 15 Staaten) einen solchen Vergleich durchgeführt.

Hierfür wurden vier Indikatoren ausgewählt, die recht gut den obigen Gegensatz widerspiegeln.

A. Wirtschaftliche Kriterien:

1. Veränderung der Staatsschuldenquote zwischen 2019 und 2020 bezogen auf das BIP in Prozent.
2. Veränderung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zwischen 2019 und 2020 in Prozent.

B. Medizinisch/soziale Kriterien:

3. Anzahl der Covid-19-Todesfälle pro 100.000 Einwohner mit Stand April 2021.
4. Veränderung der Anzahl von Arbeitslosen zwischen 2019 und 2020 pro 100.000 Einwohnern.

Um aber eine einheitliche Maßzahl zu erhalten, die über den Erfolg jeglicher nationaler Pandemiepolitik Aufschluss gibt, wurde ein Covid-19-Misery-Index erstellt, dessen Skala von vier Punkten (das jeweilige Land lag in allen vier Indikatoren immer an erster Stelle) bis zu 60 Punkten (immer an letzter Stelle) reichte. Je höher die Punktezahl, desto schlechter schnitt das jeweilige Land ab.

In der Einleitung wird nur der Vergleich mit Schweden herausgegriffen, da dieses Land für die weitere Pandemiepolitik in unserem Land von Bedeutung sein kann.

Österreich lag mit 34 Punkten an 8. Stelle von den 15 untersuchten Staaten!

Schweden aber nahm – hinter Dänemark und der Schweiz - mit 21 Punkten die 3. Stelle ein.

Welche Erklärungen bieten sich an? Schweden hat von Anbeginn der Pandemie an auf eine gänzlich andere Strategie als im übrigen Europa gesetzt. Es gab zwar auch eine Vielzahl von Regeln und Einschränkungen. Aber sie hatten keinen Zwangscharakter – ohne Gesetze und Sanktionen. Man baute auf Freiwilligkeit.

Es gab auch keinerlei Lockdowns und es bestand zu keinem Zeitpunkt Maskenpflicht!

Und die Bilanz ist trotzdem weitgehend positiv: sehr gute Werte bei den beiden wirtschaftlichen Indikatoren, aber nur etwas mehr Covid-19-Todesfälle als in Österreich (ungefähr 2000 Covid-19-Tote oder die durchschnittliche Zahl der Sterbefälle von nicht einmal neun Tagen in unserem Land) und – aufgrund einer geringeren Möglichkeit einer Inanspruchnahme einer Kurzarbeit als in Österreich – einen deutlich höheren Anstieg der Arbeitslosigkeit als bei uns.

Nach diesem eindringlichen Vergleich stellt sich nunmehr doch die Frage, ob der schwedische Weg auch für Österreich denkbar gewesen wäre.

Oder – was ungleich wichtiger ist – zukünftig beschränkt werden sollte.

Mehr dazu und zu anderen Themenbereichen über die sozialen und wirtschaftlichen Schäden durch die Corona-Pandemie sind in den Kapiteln 1 – 3 zu finden.

Eine total auf Schulden basierende Finanzierung zur Überwindung der Corona-Wirtschaftskrise stellt in der neueren Geschichte Europas ein Novum dar, wenn man von der Finanzkrise im Jahr 2008 absieht, wo aber die Realwirtschaft kaum betroffen war.

Viele hunderte Milliarden und sogar Billionen Euro werden von der EU und der Europäischen Zentralbank (EZB) ins Spiel gebracht, um nach den schweren Schlägen der von der Covid-19-Pandemie arg gebeutelten europäischen Wirtschaft diese wieder auf die Beine zu helfen.

Diese enorme Hilfe wird ausschließlich auf Pump finanziert und nicht über die Wirtschaftskraft der jeweiligen Länder, durch Sparpakete oder durch Steuererhöhungen.

Dazu bedarf es zusätzlich auch neuer Steuern wie beispielsweise der Einführung einer Vermögenssteuer, eines Erbrechtes nach britischem Vorbild oder eines Solidarzuschlages für die wirklich Reichen unseres Landes

Solche Überlegungen werden aber als simple Kleingeisterei „schwäbischer“ Hausfrauen und „linker“ Spinner abgetan.

Inwiefern aber ein solcher Weg des Gelddruckens durch die EZB und des Schuldensammelns der Staaten in die Irre führen wird, soll in den einzelnen Abschnitten von Kapitel 4 : „ Wer soll das bezahlen? Wer hat so viel Geld?“ beleuchtet werden.

„ Denn die einen sind im Dunkeln. Und die anderen sind im Licht. Und man sieht nur die im Licht. Die im Dunkeln sieht man nicht“ (Bertold Brecht, Dreigroschenoper)

Die zur Diskussion gestellten Maßnahmenvorschläge der 5-Sterne-für-Österreich sind vom Bestreben getragen, den sozial und wirtschaftlich Schwachen und Abgehängten in unserem Land wie auch dem alten Mittelstand (Selbständigen und Handwerkern) zu helfen, damit sie die durch die Pandemie schweren wirtschaftlichen Schläge leichter überwinden können.

Maßnahmen zur Stärkung der Nachfrage sollen dazu helfen, die Kaufkraft der Menschen zu stärken und dadurch die Wirtschaft anzukurbeln.

Denn die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung aus dem auf rund 50 Milliarden Euro veranschlagten Budget dienten ausschließlich dazu, den Zusammenbruch der Wirtschaft zu verhindern und führten vielfach zu einer „Zombifizierung“ bereits insolventer Unternehmen wie beispielsweise der Fluglinie AUA.

Empfohlene Maßnahmen zur Stärkung der Nachfrage:

- a. Einführung eines monatlichen Mindestlohnes von € 1.920,- in allen Kollektivverträgen bzw. € 12,- Stundenlohn,
- b. Aufstocken der monatlichen Mindestpensionen (incl. Ausgleichszulage) auf € 1.300 netto für Alleinstehende bzw. € 2.050 netto für Ehepaare/ Lebensgemeinschaften,
- c. Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 % des letzten Lohnes/Gehaltes für die **nächsten fünfzehn Monate(!)** andauernder Beschäftigungslosigkeit,
- d. Sicherung privater Sparguthaben bis zu € 50.000 pro Person mit zwei Prozent Nettozinsen jährlich bzw. in der Höhe der jährlichen Inflationsrate als Abgeltung der Inflation,
- e. die Ausgabe von Gutscheinen von € 250,- für Einzelpersonen- und von € 500,- für Mehrpersonenhaushalte zur Förderung des stationären regionalen Handels sowie des regionalen Dienstleistungssektors sollen dazu beitragen, die Nachfrage wirksam zu befeuern
- f. und ein Solidarzuschlag für die wirklich Reichen unseres Landes: Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit nach Paragraph 19 des Einkommensteuergesetzes (EStG.), die die 500.000-Euro-Grenze jährlich überschreiten, sind mit dem diese Grenze überschreitenden Betrag zu 100(!) Prozent zu versteuern. Jeglicher Betrag unter € 500.000 jährlich unterliegt der Regelung nach dem derzeit geltenden EStG..

1. Bilanz der wirtschaftlichen und sozialen Schäden

1.1 War die Corona-Krise vorhersehbar?

Ja, es gab solche Warnzeichen: SARS 2002/2003, die Vogelgrippe ab 2013, Ebola 2014/2015 und die afrikanische Schweinepest waren eindeutige Vorboten.

Geradezu als hellseherisch sind die Ergebnisse einer Studiengruppe der Rockefeller-Stiftung einzustufen, die bereits 2010 Szenarien zu einem möglichen Ausbruch einer Pandemie im Jahr 2012 entwickelte:

- Das Virus infizierte innerhalb von nur sieben Monaten 20 Prozent der Weltbevölkerung mit acht Millionen Toten junger Menschen. Bis Ende April 2021 wurden laut WHO etwas mehr als drei Millionen Menschen gezählt, die an bzw. mit dem Corona-Virus verstarben. Schätzungen, die auf Berechnungen der Übersterblichkeit basieren, sprechen sogar von fast sieben Millionen Toten.
- Tödliche Auswirkungen auf die Wirtschaft waren die Folge: Zusammenbruch der internationalen Mobilität, Ende der globalen Arbeitsteilung und Wirtschaft sowie Stillstand jeglichen regionalen und lokalen Wirtschaftens.
- Einzelne - vor allem autoritär regierte – Länder wie China kamen deutlich besser aus der Krise.
- Selbst nachdem die Pandemie abebbte, hielt die autoritäre Kontrolle und Aufsicht der Bürger weiterhin an und wurde im Laufe der Zeit sogar noch intensiviert. Die Bürger nahmen aber diese Maßnahmen eines Überwachungsstaates bereitwillig hin: Aufgabe der Freiheit und Verzicht auf Privatsphäre im Eintausch gegen mehr Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität. Soweit das Szenario aus dem Jahr 2012.

1.2 Welche Corona-Maßnahmen sind wirksam?

Welche der vielfältig eingesetzten Maßnahmen letztlich wirksam sind, darüber wird seit Ausbruch der Pandemie heftig gestritten.

19 Forscher aus Großbritannien, den USA und Australien haben bereits 2020 versucht, diese Frage mit den Methoden der Statistik zu beantworten.

Die Wissenschaftler verglichen die Verläufe der Reproduktionswerte (R-Werte) des SARS-CoV-2-Virus in Ländern mit unterschiedlichen Maßnahmenpaketen.

Als wirksamste Maßnahme hat die im Fachmagazin „Science“ publizierte Studie das Verbot von Versammlungen über zehn Personen identifiziert. Diese Maßnahme reduzierte den R-Wert um 42 Prozent. D. h. fast die Hälfte weniger Infektionen aufgrund dieser speziellen Maßnahme.

Die Studienautoren weisen aber darauf hin, dass die Wirksamkeit dieser Maßnahme eminent von der Jahreszeit abhängig ist. Zum Zeitpunkt der Untersuchung im Frühjahr 2020 fanden fast alle Zusammenkünfte in geschlossenen Räumen statt.

Eine niederländische Studie unterstrich die obigen Aussagen. Ein Verbot privater Treffen würde den R-Wert um 30 Prozent senken.

Ebenfalls als sehr wirksam beurteilte die Studie die Schließung von Schulen und Universitäten (-38 Prozent). Eine hohe bis mittlere Wirksamkeit weist auch die Begrenzung von Versammlungen auf 100 Personen (-34 Prozent) aus.

Einer Schließung von gastronomischen Betrieben hingegen wird nur eine mäßige Wirksamkeit zugebilligt: Reduktion des R-Wertes von – 18 Prozent durch eine Schließung von Restaurants, Bars und Klubs. Zu ähnlichen Ergebnissen kam auch die bereits angeführte niederländische Studie. Dieser zufolge konnte der R-Wert zwischen sechs und zwanzig Prozent gesenkt werden.

Abschließend kamen die Forscher zum Schluss, dass vor allem eine Kombination eines Verbots einer Versammlung von mehr als zehn Personen und die Schließung von Gaststätten geeignet seien, den R-Wert unter die magische Grenze von 1 zu drücken. Eine Schließung von nicht systemrelevanter Geschäfte bringt es aber nicht.

Der Maskenpflicht wird bei der Bekämpfung der Pandemie ein zentraler Stellenwert eingeräumt, wiewohl das deutsche Robert Koch Institut (RKI) noch im Frühjahr 2020 davor warnte, dass für ihre Wirksamkeit keine wissenschaftlichen Studien vorlägen.

Wie wahr! Die meisten Aussagen darüber stammen von Tests mit Puppen.

Realiter wurde aber dieser Frage in einer dänischen Outdoor-Studie bei 5.000 Personen nachgegangen, in der nachgewiesen wurde, dass die Infektionsrate bei den Personen mit Masken bei 2 Prozent und bei der Kontrollgruppe ohne Masken bei 2,1 lag. D.h. ein Maskenschutz außerhalb der Räume ist nicht sinnvoll.

(<https://www.acpjournals.org/doi/10.7326/M20-6817>

Und Indoor? Dazu liegen keine wissenschaftlichen Beweise vor. Wenn aber ein kranker Mensch einen anderen aus der Nähe anhustet, dann kann es zu einer Ansteckung kommen. Und gegen eine solche Tröpfcheninfektion können Masken in einem bestimmten Ausmaß schützen.

Aber bereits aus einer kleinen Entfernung sinkt die Wahrscheinlichkeit drastisch, weil die Virusdichte rasch abnimmt. Unter Umständen wiegt man sich in einer trügerischen Sicherheit. Entscheidend für eine Infektion ist daher die Viruslast und die Dauer, der jemand, in einem geschlossenen Raum ausgesetzt war. (Karina Reiss, Sucharit Bhakdi: Corona unmasked, Neue Zahlen, Daten, Hintergründe, Goldegg Verlag, 20219).

Die größte Wirksamkeit entfalten aber jene Maßnahmen, die auf eine totale Einschränkung der persönlichen Freiheitsrechte und jeglicher Privatsphäre abzielen.

Um den Inselstaat Taiwan wurde ein „digitaler Zaun“ gezogen. Wer auf die Insel wollte, der musste in eine Quarantäne. Infizierte wurden ebenso in Quarantäne in eigens angemietete Hotels geschickt. Kernstück dabei bildete aber ein konsequentes Verfolgen der Infektionsketten mit Hilfe der Polizei. Diesbezüglich gab es dann keine Freiheitsrechte.

Aber es gab auch keine Lockdowns: Die Wirtschaft des Landes sowie das tägliche Leben ihrer Bürger erfuhr keinerlei Einschränkungen.

Die medizinischen und wirtschaftlichen Erfolge in der Pandemiebekämpfung sprechen aber für diesen autoritären Weg: Der 24 Millionen Menschen umfassende Inselstaat hatte innerhalb der mehr als ein Jahr grassierende Pandemie nicht mehr 1.072 Infizierte und elf Todesfälle zu verzeichnen. Unglaublich, aber wahr!

1.3 Wie wurden international die Anti-Corona-Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung beurteilt?

„So lag Österreich in einer einzigen Evaluation bis Juni 2020 an zweitbesten Stelle unter 21 Ländern. In anderen Rankings hingegen auf dem 17. 19. bzw. 13. bis 15. Rang unter 31 EU-/EFTA-Staaten oder auch am 23. Platz weltweit“. Ab Herbst 2020 war aber „worldwide worst case“ angesagt. Beispielsweise der 21. Rang von 22 OECD-Staaten. Weitere schlechte Beurteilungen Österreichs lassen sich aus anderen Ranking Studien herauslesen. (entnommen aus Bernd Marin, Die Welt danach, Falter Verlag, 2021).

Auf einen einfachen Nenner gebracht: Ein starker Beginn, aber ein eher schwaches Ende.

Ich glaube entscheidend dafür war, dass die Bevölkerung immer weniger bereit war und letztlich auch ist, die oftmals abrupt wechselnden Maßnahmen der Bundesregierung mitzutragen.

Ein Blick in die Parks der Bundeshauptstadt während des vorläufig letzten und vierten Lockdowns bestätigt die Richtigkeit der obigen Aussage. Junge Menschen feierten ihre Outdoor-Partys mit Alkoholika in den Plastiksackerln, Kinder wälzten sich in den Spielplätzen zuhauf und Migranten, die über keine eigenen Gärten verfügen, veranstalteten ihre „Sippentreffen“.

Die Maßnahmen wurden auch kaum überwacht und ihre Nicht-Einhaltung – so schien es zumindest - auch nicht sanktioniert. **Die Regierung hat so getan, als hätte sie Pandemie im Griff. Und die Menschen taten so als gäbe es keine Pandemie.**

1.4 Eine eher düstere Stimmungslage in unserem Land

Demoskopen vom Sozialforschungsinstitut „Integral“ loteten in fünf Befragungswellen zwischen März 2020 und März 2021 bei jeweils 1.000 Befragten die Stimmungslage unter der österreichischen Bevölkerung aus.

Und diese hat sich innerhalb eines Jahres klar schwarz eingefärbt. März 2020 hatten 32 Prozent der Befragten eine pessimistische Sicht und ein Jahr später war es bereits fast die Hälfte (44 Prozent), die so dachte.

Die Unzufriedenheit mit der Arbeit der Regierung bei der Bewältigung der Pandemie steigt: Waren im März 2020 nicht mehr als sechs Prozent der Befragten auszumachen, die ihre Arbeit nicht gut fanden, so waren es ein Jahr später bereits ein Drittel (31 Prozent).

Nicht mehr als 14 Prozent der Befragten stimmten dem folgenden Statement voll und ganz zu, dass uns die Bundesregierung gut aus der Arbeitsplatz- und Wirtschaftskrise führen wird. Weitere 37 Prozent stimmten teilweise zu.

Und nur 45 Prozent der Befragten vertraten die Meinung, dass die finanziellen Coronahilfen der Bundesregierung gerecht verteilt wurden.

Worüber sorgt man sich in unserem Land?

Sehr große Sorgen macht man sich...

... um die allgemeinen wirtschaftlichen Folgen	54 Prozent
... um die Auswirkungen auf die Gesellschaft	44 Prozent
... um die Auswirkungen auf Demokratie und persönliche Freiheit	37 Prozent
... um die Gesundheit naher Freunde und Angehöriger	24 Prozent
... um die eigene Gesundheit	22 Prozent
... um die eigene finanzielle Lage	21 Prozent
... um den eigenen Arbeitsplatz bzw. das eigene Unternehmen (Basis: Berufstätige)	14 Prozent

Wann können wir wieder zur Normalität zurückkehren? D. h. ab wann werden wir in Österreich wieder ohne Einschränkungen leben können. Die Umfrage wurde im März 2021 durchgeführt.

Rückkehr zur Normalität

Frühjahr 2021	2 Prozent
Sommer 2021	7 Prozent
Herbst 2021	11 Prozent
Winter 2021	7 Prozent
im Jahr 2022	43 Prozent
im Jahr 2023 oder später	21 Prozent
überhaupt nicht	<u>9 Prozent</u>
	100 Prozent

Die Stimmungslage unter der österreichischen Bevölkerung hat sich deutlich verdüstert, die Unzufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung steigt, man sorgt sich zudem um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie und ein Weg zurück zur Normalität sieht man frühestens 2022 oder sogar noch später.

1.5 Das Ende der Pandemie – ein Schrecken ohne Ende?

Das Tröstliche an der jetzigen Pandemie ist in dem Umstand begründet, dass sie – wie alle Beispiele aus der Geschichte zeigen – irgendwann ihr natürliches Ende findet bzw. als harmloses Schnupfenvirus wieder ihr karges Dasein fristen muss. Man darf ja nicht vergessen, die Corona-Viren sind ja eigentlich Teil der großen Familie der Schnupfenviren.

Weder über den Zeitpunkt noch über das Wie des Endes der Pandemie besteht aber Einigkeit.

Ich möchte dazu die Aussagen des Chefs des Pharmariesen Pfizer, Albert Bourla, zitieren. Pfizer produziert gemeinsam mit BioNTech den mRNA-basierten Impfstoff.

Frage: „Glauben Sie, dass eine Rückkehr zum normalen Leben im Spätherbst 2021 realistisch ist?“

„Das denke ich. Wir haben das am Beispiel Israel gesehen. Wenn man erst einmal einen bedeutenden Teil der Bevölkerung geimpft hat, kann das Leben fast wieder so werden wie vorher. Es ist nur die Frage, wann wir in der Lage sein werden, die Menschen zu impfen.“

Frage: „Experten sind allerdings der Meinung, dass wir es mit einer permanenten Pandemie zu tun haben, da immer wieder neue Virusvarianten auftauchen werden und es Zeit braucht, dagegen Impfstoffe zu entwickeln.“

„Ist das eine Möglichkeit? Ja! Aber das wahrscheinlichste Szenario ist, dass wir zu einer endemischen Situation kommen, die vollständig kontrollierbar sein wird. Wir haben eines der mächtigsten Werkzeuge, die wir in der Medizin entwickeln konnten, nämlich einen Impfstoff mit 97 Prozent Wirksamkeit.

Er deckt alle bekannten Varianten ab. Die Technologie von mRNA kann man sehr schnell anpassen, wenn eine Mutation auftritt. Mit anderen Technologien dauert das Monate. Vor diesem Hintergrund und mit dem Wissen, dass wir jeder Variante sehr schnell voraus sein können, denke ich, dass es wie eine Grippe sein wird. Wir werden uns impfen lassen und unser normales Leben wieder leben.“ (entnommen aus Neue Zürcher Zeitung, Online-Artikel, 16. 4. 2021)

Es ist geplant, dass Pfizer bis Ende 2021 drei Milliarden Impfdosen produziert. Anbetracht dieser gigantischen Produktion eines Pharmariesen stellt sich die Frage, ob das Szenario einer permanenten Epidemie nicht Teil einer äußerst gewinnträchtigen Marketingstrategie der Pharmaindustrie ist, die zudem durch einen Mangel an Risikobereitschaft in den westlichen Gesellschaften gestützt wird.

Diese Ängstlichkeit der hedonistischen europäischen Gesellschaften zeigte sich beispielsweise 2010 im Verhalten der europäischen Luftüberwachung nach dem Ausbruch eines Vulkans auf Island. Während der europäische Flugverkehr tagelang gesperrt war, wurden in den USA die Piloten über den Ausbruch informiert und es letztlich ihnen überlassen, die Wolken aus Vulkanasche zu umfliegen.

Dieses vorsichtige risikoabwägende Verhalten in Europa führt letztlich dazu, nicht nur jedes kleinste Risiko nach Möglichkeit auszuschalten, sondern auch gegen jegliche Einführung neuer Technologien so lange zu sein, solange Bedenken hinsichtlich potenzieller Schäden bestehen – selbst dann, wenn Belege für die Risiken noch fehlen.

1.6 Wie kamen einzelne Länder 2020 durch das 1. Jahr der Pandemie?

A. Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren

Aufbauend auf vier Indikatoren soll überprüft werden, wie einzelne ausgewählte Staaten durch das 1. Jahr der Pandemie kamen. Bei der Auswahl der 15 Länder beschränkte man sich auf alle Nachbarländer von Österreich sowie erweitert um einige interessante Staaten.

Die in die Analyse einbezogenen Indikatoren:

A1. Wirtschaftliche Indikatoren:

1. Veränderung der Staatsschuldenquote zwischen 2019 und 2020 bezogen auf das BIP und in Prozent.
2. Veränderung des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zwischen 2019 und 2020 in Prozent.

A2. Medizinisch/soziale Indikatoren:

1. Anzahl der Covid-19-Todesfälle pro 100.000 Einwohner mit Stand April 2021
2. Veränderung der Anzahl von Arbeitslosen zwischen 2019 und 2020 pro 100.000 Einwohnern.

Veränderung der Staatsschulden, des BIP, der Covid-19-Todesfälle sowie der Arbeitslosen zwischen 2019 und 2020					
Stelle	Staat	Veränderung der Staatsschuldenquote in Prozent	Veränderung des BIP in Prozent	Anzahl der Covid-19-Tote pro 100.000 EW	Zusätzliche Arbeitslose pro 100.000 EW 2019/2020
1.	Dänemark	+ 6 %	- 3,7 %	42	277
2.	Schweiz	+ 4 %	- 2,9 %	122	758
3.	Schweden	+ 3 %	- 2,9 %	135	1.447
4.	Deutschland	+ 14 %	- 4,9 %	97	764
5.	Israel	+ 15 %	- 4,2 %	70	1.133
6.	Slowakei	+ 10 %	- 5,2 %	184	330
7.	Slowenien	+ 15 %	- 5,5 %	208	274
8.	Tschechien	+ 9 %	- 5,6 %	265	540
8.	Österreich	+ 16 %	- 7,4 %	111	1.049
10.	Frankreich	+ 18 %	- 8,3 %	150	578
11.	USA	+ 20 %	- 3,5 %	177	1.561
12.	Italien	+ 23 %	- 8,8 %	193	295
13.	Ungarn	+ 17 %	- 5,0 %	255	1.277
14.	Großbritannien	+ 28 %	- 9,9 %	192	1.012
15.	Spanien	+ 22 %	- 11,0 %	165	1.496

Quellen: OECD, Europäische Kommission und eigene Berechnungen, Teile wurden der Die Zeit Nr. 11, 11. März 2021 entnommen

B. Aufbau des Covid-19-Misery-Index

Wie der antike Held Odysseus, der sein Schiff – in der Meerenge von Messina vielleicht – zwischen den beiden Meeresungeheuern Skylla und Charybdis navigieren musste, wird eine jegliche nationale Pandemiepolitik von den beiden Ungeheuern Covid-19-Todesfällen sowie schweren Krankheitsverläufen auf der einen Seite und Wirtschaftseinbrüchen sowie sozialen Schäden auf der anderen Seite bestimmt.

Um eine einheitliche Maßzahl über den Erfolg der Corona-Politik in den untersuchten Staaten zu erhalten, wurde ein Covid-19-Misery-Index erstellt.

Da aber die vier untersuchten Indikatoren unterschiedliche Skalen aufweisen, wurden die jeweiligen Rangreihungspositionen der untersuchten Länder einfach addiert. Je höher die Punktezahl, desto schlechter schnitt das jeweilige Land ab.

Die Skala reichte von vier Punkten (das jeweilige Land lag immer an erster Stelle) bis zu 60 Punkten (immer an letzter Stelle).

Covid-19-Misery-Index Rangreihung der Veränderung der Staatsschulden, des BIP, der Covid-19-Todesfälle sowie der Arbeitslosen zwischen 2019 und 2020					
Staat	Veränderung der Staatsschuldenquote	Veränderung des BIP	Anzahl der Covid-19-Tote pro 100.000 EW	Zusätzliche Arbeitslose pro 100.000 EW	Covid-19-Misery-Index
1. Dänemark	3	4	1	1	9
2. Schweiz	2	1	5	7	15
3. Schweden	1	1	6	13	21
4. Deutschland	6	6	3	8	23
5. Israel	7	5	2	11	25
6. Slowakei	5	8	10	4	27
7. Slowenien	7	9	13	2	31
8. Tschechien	4	10	15	5	34
8. Österreich	9	11	4	10	34
10. Frankreich	11	12	7	6	36
11. USA	12	3	9	15	39
12. Italien	14	13	12	3	42
13. Ungarn	10	7	14	12	43
14. Großbritannien	15	14	11	9	49
15. Spanien	13	15	8	14	50

Covid-19-Misery-Index	
A. Die eher Erfolgreichen	
1. Dänemark	9 Punkte
2. Schweiz	15 Punkte
3. Schweden	21 Punkte
4. Deutschland	23 Punkte
5. Israel	25 Punkte
6. Slowakei	27 Punkte
B. Die Mittelgruppe	
7. Slowenien	31 Punkte
8. Tschechien	34 Punkte
8. Österreich	34 Punkte
10. Frankreich	36 Punkte
11. USA	39 Punkte
C. Die Verlierer	
12. Italien	42 Punkte
13. Ungarn	43 Punkte
14. Großbritannien	49 Punkte
15. Spanien	50 Punkte

Das Ergebnis für Österreich vorab: Von den 15 untersuchten Ländern nahm Österreich mit Position Acht und 34 Punkten eine Mittelstellung ein.

C. Die beiden Klassenbesten

1. Stelle: Dänemark

Der Rückgang des BIP im Jahr 2020 gegenüber 2019 war deutlich niedriger als anderswo: - 3,7 Prozent. Die wenigsten Covid-19-Toten sowie die geringste Zunahme an Arbeitslosigkeit zeichnen zudem die Covid-19-Politik dieses Landes aus. Die Zunahme der Staatsschuldenquote fiel ebenfalls moderat aus: + 6 Prozentpunkte.

Es wurden auch nur zwei Lockdowns verhängt. Die ersten energischen Maßnahmen wurden bereits am 11. März 2020 - früher als in Österreich - ergriffen, obwohl dänische Winterurlauber aus Tirol das Virus ins Land brachten. Und die Maßnahmen wurden auch früher als in Österreich wieder aufgehoben. Ab 15. April 2020.

Der zweite Lockdown dauerte dann vom September 2020 mit allmählichen Verschärfungen bis Februar 2021. Ab März kam es dann zu ersten Lockerungen und ab 6. April zu einer kompletten Aufhebung. Ungefähr sechs Wochen früher als in Österreich.

2. Stelle: Schweiz

Der schweizerische Bundesrat hat am 16. März 2020 restriktive Maßnahmen wie die Schließung nicht lebensnotwendiger Geschäfte und Dienstleistungen verfügt.

Aber keinen Lockdown, da dieser eine Ausgangssperre beinhaltet. Ab 8. April 2020 gab es bereits breite Lockerungen.

Ab Oktober 2020 kam es zu neuerlichen leichteren Einschränkungen, die bis zum Dezember dieses Jahres deutlich verschärft wurden.

Bereits am 17. Februar 2021 beschloss der Bundesrat eine erste vorsichtige Öffnung, die im März mit weiteren Öffnungen von Läden und Dienstleistungsunternehmen fortgesetzt sowie und im April mit einer völligen Aufhebung der Restriktionen komplettiert wurde.

Der Erfolg dieser liberalen Politik kann sich aber sehen lassen: Den geringsten Rückgang des BIP unter den 15 untersuchten Ländern, die zweitniedrigste Staatsverschuldung, aber etwas mehr Arbeitslose als anderswo.

D. 3:2 für die Nordlichter im Covid-19-Match zwischen Schweden und Österreich

3. Stelle: Schweden

Schweden hat von Anbeginn der Pandemie an auf eine gänzlich andere Strategie als im übrigen Europa gesetzt. Es gab zwar auch eine Vielzahl von Regeln und Einschränkungen. Aber sie hatten keinen Zwangscharakter – ohne Gesetze und Sanktionen. Man baute auf Freiwilligkeit.

Es gab auch keinerlei Lockdowns und es bestand zu keinem Zeitpunkt Maskenpflicht! Die Geschäfte, Hotels, Restaurants, Friseure, Massage-Salons – alles blieb auf. Auch die Kindergärten und Schulen bis zur 10. Klasse waren durchgehend offen. Und die Bilanz ist trotzdem weitgehend positiv: sehr gute Werte bei den beiden wirtschaftlichen Indikatoren, aber mehr Covid-19-Todesfälle als in Österreich und – aufgrund einer geringeren Möglichkeit einer Inanspruchnahme einer Kurzarbeit als in Österreich – einen deutlich höheren Anstieg der Arbeitslosigkeit als bei uns.

8. Stelle: Österreich

Die österreichische Bundesregierung bewies bei der Eindämmung der Pandemie eine harte Hand.

Das Resultat war ein massiver Einbruch in der Wirtschaft: 2020 wurde ein Rückgang des BIP von – 7,4 Prozent verzeichnet.

Damit lag unser Land in Bezug auf die Schwere seiner wirtschaftlichen Beeinträchtigungen durch die Pandemie an fünfter Stelle von den 15 untersuchten Ländern.

Einen noch stärkeren Rückgang mussten nur die Mittelmeerländer der Eurozone wie Italien, Frankreich und Spanien sowie das Nicht-EU-Land Großbritannien verkraften.

Überdurchschnittlich hoch war auch die neuerliche Verschuldung unseres Landes: + 16 Prozent.

Österreich hatte auch eine der höchsten Zunahmen an Arbeitslosen (sechste Stelle) zu verkraften. Sie betrug 1.049 zusätzliche Arbeitslose im Jahr 2020 auf 100.000 Einwohner bezogen.

Die explosionsartige Entwicklung der Covid-19-Todesfälle in Schweden zu Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 (vor allem in den privatisierten Alters- und Pflegeheimen in Stockholm) fordert zu einem Vergleich mit Österreich heraus: Mit Stand Ende April 2021 wurden im 8,9 Millionen-Land Österreich 10.444 Todesopfer gezählt - und im 10,2 Millionen-Land Schweden 14.267 Covid-19-Tote.

Die schwedischen Covid-19-Todesfälle auf die österreichische Bevölkerung umgerechnet, entsprechen somit 12.412 Personen – um ungefähr 2.000 mehr als in Österreich.

Auf den Punkt gebracht: Mit den so harten Maßnahmen und mit vier Lockdowns wurden in Österreich ungefähr 2.000 Leben gerettet.

In nicht einmal neun Tagen versterben durchschnittlich in unserem Land mehr Menschen: nämlich 2.060 Personen.

Aber um welchen Preis wurden aber diese Leben gerettet? Wie viele Existenzen wurden bisher und werden aber noch durch die harte Politik der österreichischen Bundesregierung zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie wirtschaftlich und sozial vernichtet?

Vier Lockdowns bisher in Österreich – ein klassischer Jo-Jo-Effekt:

1. Lockdown vom 16. März 2020 bis zum 1. Mai 2020
2. Lockdown vom 11. November 2020 bis zum 6. Dezember 2020
3. Lockdown vom 26. Dezember 2020 bis zum 26. Februar 2021
4. Lockdown von Anfang April 2021 bis zum 19. Mai 2021 (Ostösterreich) und
- 5., 6. und 7. Lockdown - wann?

Nach diesem eindringlichen Vergleich stellt sich nunmehr doch die Frage, ob der schwedische Weg auch für Österreich denkbar gewesen wäre.

Oder – was ungleich wichtiger wäre – zukünftig beschränkt werden sollte.

Der schwedische „Staatsepidemiologe“ Anders Tegnell sprach davon, dass ein strenges Covid-19-Regime mit Zwangsmaßnahmen einer „freien“ schwedischen Gesellschaft nicht zumutbar gewesen sei. Den Menschen in unserem Land aber schon!

1.7 Nachhaltige Erholung bereits 2021 oder erst 2022 ?

Viele Ökonomen, aber auch Politiker schließen es nicht aus, dass die Stimmung mit der Eindämmung der Pandemie wieder abrupt umschlägt und ein regelrechter Konsum- sowie Investitionsboom losbricht. Entscheidend ist aber ein Erfolg der Impfaktionen – sowohl was die Wirksamkeit der einzelnen Impfstoffe, die Durchimpfungsrate betrifft als auch das Herauskommen neuer Mutationen von Alpha bis Omega.

Auch der Begriff „Resilienz“ wird bemüht, um Optimismus zu verbreiten. Es liegt im Wirken der Natur, dass alle Systeme nach einem massiven Einbruch wieder zum vormaligen Zustand zurückkehren – außer es gab nachhaltige Schädigungen. Beispielsweise nach einer heftigen Überschwemmung und Verwüstung am Rande eines Flusses kehren nur die Flora und Fauna, wie sie vorher bestanden, zurück.

Es kommt aber zu keinerlei Verbesserungen. Es ist aber nicht auszuschließen, dass große Unternehmen und reiche Staaten gestärkt aus dieser Wirtschaftskrise hervorgehen. Kleine Unternehmen und viele Arbeitnehmer werden dann Opfer der Krise.

Der Austro-Ökonom Joseph Schumpeter spricht in diesem Zusammenhang von der schöpferischen Zerstörung des Kapitalismus - mit Kollerlateralschäden für die arbeitenden Menschen.

Ein optimistischer Blick auf das Ende der Pandemie wird durch die neuesten Wirtschaftsdaten aus China gestützt.

Laut einer Pekinger Statistik legte das BIP im Reich der Mitte im 1. Quartal 2021 18,3 Prozentpunkte – im Vergleich mit dem 1. Quartal des Vorjahres – zu. Korrekterweise muss man aber schon hinzufügen, dass China im 1. Quartal 2020 eine totale Null-Covid-19-Strategie fuhr und damals die Wirtschaft für mehrere Wochen praktisch zum Stillstand kam.

Die Anzeichen für eine Erholung der Wirtschaft mehren sich auch bei uns. Die neuen Frühjahrsprognosen (Mai 2021) von EU und Wirtschaftsforschungsinstitut in Wien (WIFO) sind nunmehr deutlich besser als noch im März dieses Jahres ausgefallen.

- Die EU hat zwar in ihrer neuen Frühjahrsprognose für Österreich das Wachstum auf + 3,4 Prozent (März 2021 + 2,0 Prozent) hinaufgeschraubt. Im heurigen März lag noch Österreich mit einer eher düsteren Prognose an 16. Stelle von 21 untersuchten EU-Staaten. Für 2021 wurden aber + 4,3 Prozent prognostiziert.
- Eine etwas ältere Prognose des WIFO-Instituts aus dem heurigen März lag noch bei nur + 1,3 Prozent, die aber inzwischen ebenfalls deutlich nach oben korrigiert wurde. Laut neuester Prognose, die im Juni 2021 veröffentlicht wurde, wird das Bruttoinlandsprodukt in Österreich im Jahr 2021 voraussichtlich um vier Prozent gegenüber dem Vorjahr wachsen. Für das Jahr 2022 wird ein noch stärkeres Wirtschaftswachstum von fünf Prozent erwartet.
- Die optimistischen Wirtschaftsprognosen verheimlichen aber, dass von der Coronakrise nur große Unternehmen profitieren, währenddessen die KMUs und die Selbständigen geschwächt werden oder überhaupt vom Markt verschwinden.

2. Wirtschaftliche Folgen der Pandemie

2.1 Wirtschaftliche Schäden versus gerettete Leben

Eine Rückkehr zu einer Normalität in der Wirtschaft und im Alltagsleben, wie wir sie aus dem Jahr 2019 kennen, wird nur dann möglich sein, wenn wieder die Gewissheit vorherrscht, dass die Pandemie hinter uns liegt und das Virus im globalen Maßstab besiegt ist. Bis dahin kann es nur eine Scheinnormalität geben, die von einem milden Regime wie bei Grippewellen zu neuerlichen verschärften temporären und auch regionalen Lockdowns wechseln kann.

Der US-amerikanische Ökonom Kenneth Rogoff formulierte drei Bedingungen, wodurch der durch die Pandemie ausgelöste wirtschaftliche Schaden bestimmt wird:

- a. Dauer und Schweregrad der Pandemie
- b. Erfolg der Länder bei der Eindämmung der Pandemie
- c. Zusammenhalt in der Gesellschaft

Den vierten und entscheidenden Faktor bildet aber die Branche der Unternehmen.

Während der Finanzkrise 2008 war die Realwirtschaft – außer die Kreditinstitute – nicht betroffen. Diesmal traf es sie aber hart. Und dabei eigentlich nur den Dienstleistungssektor, der aber in Österreich zu 70 Prozent zum nationalen BIP beisteuert (2019).

Dienstleistungsbereiche wie Gastgewerbe, Einzelhandel sowie Sport und Veranstaltungen sind von einem dreifachen Pech betroffen:

- a. Weniger bis überhaupt keine Kunden
- b. Geringe Kaufbereitschaft der Kunden
- c. Steigende Erwerbskosten (zerrissene Lieferketten, Hygienekosten wie beispielsweise Einhaltung der Abstände in den Geschäftslokalen)

Die wirtschaftlichen Schäden sind aber breit gestreut:

- a. Steigende Zahl von Konkursen (Privatkonkursen) und Verlust von Arbeitsplätzen
- b. Einbruch der Nachfrage
- c. Einkommensverluste
- d. Verlust des Vertrauens in die Zukunft und ihre Planbarkeit
- e. Einbruch der Investitionen

Ein niederländisches Wirtschaftsforschungsinstitut hat folgende Berechnungen angestellt, dass bereits ein Monat Lockdown zu einem Rückgang des BIP um – 1,2 Prozent führt – und drei Monate sogar zu einem Minus von fünf Prozent.

Dem schweizerischen Bundesrat wurde bereits 2020 ein Ökonomiepapier vorgelegt, in welchem die Kosten der verschiedenen Pandemiemaßnahmen dem Wert der dadurch geretteten Leben gegenüber gestellt wurde. Ist es aber moralisch vertretbar den Wert eines Lebens in Geldwerten auszudrücken? Aber Ja! Dies ist nämlich das Geschäft von Versicherungen.

Zu den Zahlen: Die Kosten achtwöchiger Einschränkungen wurden im Prognosemodell der ETH Zürich auf 2,8 bis 3,6 Milliarden Franken veranschlagt, bei vier Wochen war es nur halb so viel.

Ungleich schwieriger war es, den Wert eines geretteten Lebens abzuschätzen. In zwei Szenarien wurde geschätzt, dass dadurch 4.200 bis 5.600 Leben gerettet werden konnten.

Das Eidgenössische Verkehrsdepartement veranschlagte den Wert eines statistischen Lebens auf sieben Millionen Franken. Der Tod eines 30-Jährigen ist aber anders zu bemessen als der eines 90-Jährigen. Gemessen an der Altersstruktur der Covid-19-Totesopfer wurde eine Restlebenserwartung von 5,4 bis 6,8 Lebensjahren angesetzt.

Auf dieser Basis schätzte die Expertengruppe den Nutzen der durch achtwöchige Zusatzmaßnahmen gewonnenen Lebensjahre auf 2,3 bis 3,8 Milliarden Franken ein. Der Nutzen könnte sich aber erhöhen, wenn man in diese Berechnungen die in den Intensivstationen Geheilten einbezieht.

Die Ergebnisse aus diesem Ökonomiepapier der ETH auf einen einfachen Nenner gebracht: 2,6 bis 3,6 Milliarden Schweizer Franken an wirtschaftlichen Schäden stehen 2,3 Milliarden bis 3,8 Milliarden Schweizer Franken gerettetem Leben gegenüber.

Kann eine solch positive Schätzung auch für Österreich angestellt werden: In Österreich waren 2020 die wirtschaftliche Schäden fast drei Mal so stark wie in der Schweiz, die Corona-Opfer waren aber in der Schweiz nur geringfügig höher.

Legt man die Schätzungen der ETH auf Österreich um, dann liegen die Pandemiekosten bei achtwöchigen Lockdowns zwischen 7,1 und 9,2 Milliarden CHF, der Nutzen der geretteten Leben hingegen nur zwischen 2,5 und 4,2 Milliarden CHF.

In der Schweiz entsprachen somit die wirtschaftlichen Schäden in etwa dem Wert der geretteten Leben. In Österreich hingegen waren die wirtschaftlichen Schäden fast drei Mal so hoch wie der Wert der geretteten Leben. Dies ist keine gute Bilanz, die hier aufgemacht werden muss.

Vergleich der Kosten-Nutzenanalyse zwischen der Schweiz und Österreich			
Kosten:	Veränderung des BIP 2019/2020 in Prozent	Veränderung	Bandbreite der Kosten in Milliarden Franken
Schweiz	- 2,9 %		2,8 – 3,6 Milliarden CHF
Österreich	- 7,4 %	2,55 mal	7,1 – 9,2 Milliarden CHF
Nutzen:	Anzahl der Covid-Toten pro 100.000 EW	Veränderung	Bandbreite der Nutzen in Milliarden Franken
Schweiz	122,2		2,3 – 3,8 Milliarden CHF
Österreich	110,9	1,1 mal	2,5 – 4,2 Milliarden CHF

2.2 Der von der Pandemie gebeutelte Tourismus

Der Anteil des Tourismus am BIP (direkte und indirekte Leistungen) ist mit über sieben Prozent fast doppelt so hoch wie jener in der Schweiz.

Der Zusammenbruch vor allem des Städtetourismus hat die österreichische Volkswirtschaft schwer getroffen. Viele Hotels werden nicht mehr geöffnet. Solche in guten Lagen werden aber zu Wohnimmobilien umgebaut.

Aber die schweizerische Pandemiapolitik in ihren touristischen Regionen war auch eine andere. Dies zeigt ein Vergleich der beiden touristischen Regionen Tirol und Graubünden. In beiden Regionen ist alles auf den Tourismus ausgerichtet: In Graubünden beträgt die Wertschöpfung aus dem Tourismus sogar 30 Prozent, in Tirol 18 Prozent.

In Graubünden blieben aber in der Wintersaison 2020/2021 die Lifтанlagen, die lokale Gastronomie, Handel und Gewerbe weitgehend offen. Die Corona-Opfer sind aber in beiden Regionen ähnlich: 10.000 Infizierte sowie 170 Todesfälle und 40.000 Infizierte und 549 Tote in dem an Bevölkerung vier Mal größeren Tirol.

In Graubünden hat man sich bereits im November 2020 total dem Testen verschrieben. So konnte man vor allem die Verbreitung der Corona-Mutationen (vor allem die englische Alpha-Variante) verhindern.

2.3 Die prekäre Situation der Selbständigen

Von der Wirtschaftskrise sind vor allem die kleinen Selbständigen betroffen. Es ist nicht sicher, wie viele nach der Pandemie wieder aufsperrern können. Schätzungen sprechen davon, dass es jeder dritte Kleinbetrieb nicht mehr schaffen wird.

Ob ein Betrieb durch die Krise kommt oder nicht, ist vom Verhältnis der fixen zu den variablen Kosten abhängig. Je größer der Anteil variabler Kosten, desto größer die Überlebenschancen für den Betrieb. Dies erklärt auch die Probleme der Tourismusbetriebe wie Hotels mit ihrem hohen Fixkostenanteil und die Flexibilität der Handelsbetriebe.

Vor welchen finanziellen Problemen viele Unternehmen stehen, soll anhand eines Restaurantbetriebes demonstriert werden. Dieses Beispiel wurde dem Buch von Daniel Stelter, *Coronomics, Nach dem Corona-Schock: Neustart aus der Krise*, April/Mai 2020 entnommen.

Es handelt sich hierbei um ein Restaurant in Berlin mit 13 Mitarbeitern und einem Umsatz von € 500.000,-- in der Vor-Corona-Zeit. Nach all den Kosten und Steuern verblieben den beiden Geschäftsführern jeweils € 25.000,--. Davon musste das tägliche Leben bestritten und für das Alter vorgesorgt werden.

Stelter präsentiert drei Varianten einer monatliche Gewinn- und Verlustrechnung:

- a. vor der Corona-Krise
- b. März 2020 – optimistisches Szenario
- c. März 2020 – pessimistisches Szenario

Die optimistischen Zahlen scheinen mir für die erste Welle der Pandemie schlüssig zu sein. Inzwischen hat sich aber die betriebswirtschaftliche Lage für viele Betriebe weiter verschlechtert. Das von Stelter entworfene pessimistische Szenario dürfte nunmehr allgemeine Realität geworden sein.

Allerdings werden in Österreich die Personalkosten über die generöse Kurzarbeit-Unterstützung aufgefangen, sodass derzeit noch das betriebliche Überleben gesichert ist. Durch die staatlichen Hilfen wird aber nur die Insolvenz hinaus geschoben.

Ein kurzer Blick auf die Gewinn- und Verlustrechnung im März 2020 zeigt das Ausmaß der wirtschaftlichen Probleme vor dem viele Selbständige – und dies bereits im zweiten Jahr – stehen. Es wird kein Cash-Flow mehr erwirtschaftet.

Monatliche Verlust- und Gewinnrechnung (GuV) vor der Corona-Krise in €			
Aufwand			Ertrag
Waren	10.656	40.920	Umsatz
Personal	20.366		
Miete	3.092		
Energie und Anderes	2.694		
Gewinn	4.112		
Summe	40.920	40.920	

Monatliche Verlust- und Gewinnrechnung (GuV) im März 2020 - in € und optimistisches Szenario			
Aufwand			Ertrag
Waren	5.817	21.352	Umsatz
Personal	11,534	1.785	Verlust
Miete	3.092		
Energie und Anderes	2.694		
Summe	23.137	23.137	

Monatliche Verlust- und Gewinnrechnung (GuV) im März 2020 - in € und pessimistisches Szenario			
Aufwand			Ertrag
Waren	2.104	7.723	Umsatz
Personal	7.116	7.283	Verlust
Miete	3.092		
Energie und Anderes	2.694		
Summe	15.006	15.006	

2.4 Verschleppte Insolvenzen

Seit Monaten warnen Experten vor einer Insolvenzwelle enormen Ausmaßes. Das Gegenteil ist aber wahr: Die Zahl der Firmen-Insolvenzen hat nämlich deutlich abgenommen, auch die der Privatinsolvenzen. Dies ist auf die Stundungen von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen und weiteren staatlichen Maßnahmen zurückzuführen.

Normalerweise entscheidet der Markt oder die Einschätzung der Banken, ob ein Unternehmen in die Insolvenz geschickt wird oder nicht. In der jetzigen Zeit hängt aber die Existenz der Unternehmen von den öffentlichen Förderungen ab.

Ab Herbst 2021 wird dann – nach dem Auslaufen der Stundungen und der staatlichen Finanzhilfen - zwar kein Tsunami an Insolvenzen erwartet, wiewohl aber ein steter Anstieg. Dies meinen die Einen.

Es gibt aber auch andere Stimmen. So sprach Gerhard Weinhofer, Chef von der größten Gläubigerschutzorganisation Europas, der Creditreform, davon, dass beispielsweise in Wien 130.000 Unternehmen (jeder zehnte Betrieb) insolvenzgefährdet sind. Es handelt sich hierbei um kleine Selbstständige: Handyshop-Betreiber, Gastronomiebetriebe, Eventmanager usw..

Einer Umfrage in Deutschland zufolge bangen Dreiviertel der befragten Gastronomen um ihre Existenz und etwa jeder vierte Befragte aus dieser Branche zieht ein endgültiges Aufhören in Betracht.

Schweizerische Gewerbetriebe KMUs (dazu zählt auch die Gastronomie und Hotellerie) sind aber deutlich positiver als anderswo in Europa eingestellt, was aber in Anbetracht der relativ positiven Wirtschaftsdaten in der Schweiz nicht weiter verwundern dürfte.

Einen Einblick in die Befindlichkeit schweizerischer KMUs bietet eine Blitzumfrage bei ungefähr etwas über 700 Betrieben im März 2021. Nicht mehr als 26 Prozent der Befragten sehen ihr Unternehmen in seiner Existenz gefährdet, sechs Prozent sogar massiv. Über 30 Prozent bangen zwar nicht um ihr Geschäft, erwarten aber in den kommenden sechs Monaten deutliche Einbußen. Überhaupt keine Einbußen erwartet in etwa jeder fünfte Befragte.

2.5 Gewinner der Wirtschaftskrise

Es gibt aber auch Gewinner. Während tausende Einzelhändler, viele Reiseunternehmen oder Eventbetriebe vor dem finanziellen Ruin stehen, brummen Online-Handel und Digitalwirtschaft – zumeist globale Konzerne, die hierzulande zwar keine Steuern zahlen, sehr wohl aber öffentliche Coronahilfen in Anspruch nehmen.

Auch die Industrie, die bisher vielfach gut durch die Wirtschaftskrise kam, kassierte ungeniert Kurzarbeitsgelder und andere Zuschüsse in Milliardenhöhe und scheute sich 2020 nicht, an die Eigentümer und das Management Dividenden oder Bonizahlungen für das erfolgreiche Wirtschaftsjahr 2019 auszuzahlen. So kletterte beispielsweise der Gewinn des Autobauers Mercedes um mehr als 50 Prozent auf 6,6 Milliarden Euro. Dies ist die hässliche Fratze des Kapitalismus!

Die Coronakrise verstärkt die sozialen Widersprüche in unserer Klassengesellschaft: Je stärker die Unternehmen von der Wirtschaftskrise profitieren, desto weniger müssen sie sich an den Kosten beteiligen. Die Kosten trägt dann der kleine Mann!

Man kann es auf einen einfachen Nenner reduzieren: Internationale Konzerne verdienen sich eine goldene Nase, während die Existenz des heimischen Einzelhandels auf dem Spiel steht.

Nicht nur Amazon, dieses Unternehmen vor allem auch, sondern die Österreichische Post zählen zu den Gewinnern der Krise. Nichtsdestotrotz erhielt die Österreichische Post staatliche Zuschüsse in Form von Kurzarbeitsgeldern. Einem erfolgreichen Wirtschaftsabschluss für das Wirtschaftsjahr 2020 und einer Ausschüttung von Dividenden an die Aktionäre der inzwischen privatisierten Österreichischen Post steht daher nichts mehr im Wege.

Aber all dies ist mit der wirtschaftlichen Performance von Amazon nicht zu vergleichen: Weltweit steigerte Amazon im Krisenjahr 2020 seinen Umsatz um 40 Prozent und seinen Gewinn um sagenhafte 84 Prozent. Wieviel davon fließen als Steuern in das Säckel der einzelnen europäischen Staaten? Für Europa wurde zwar ein Umsatzplus von 36 Prozent gemeldet, aber auch ein Verlust von 1,2 Milliarden Euro klein gerechnet. Selbst die so niedrigen Gewinnsteuern in Irland scheinen Amazon inzwischen zu hoch zu sein.

2.6 Die öffentlichen Förderungen und Zuschüsse auf dem Prüfstand

Der Österreichische Staat greift zwar beherzt ein, um die durch die Pandemie verursachten Schäden zu mildern.

So wurden bereits von den veranschlagten rund 50 Milliarden Euro, das zweithöchste Budget in der EU bezogen auf die Bevölkerung, rund 33 Milliarden Euro zugesagt bzw. bereits ausgezahlt. So der Finanzminister Gernot Blümel. Die Größe eines Hilfspaketes ist aber nicht entscheidend, sondern vielmehr eine treffsichere Allokation der Mittel und eine schnelle Auszahlung.

Laut einer Erhebung der Österreichischen Hotelier-Vereinigung haben mit Stand März/April 2021 nicht mehr als acht Prozent eine Entschädigung für die Fremdenverkehrssaison 2020 erhalten. Laut ÖHV stehen den betroffenen Betrieben im Schnitt 182.000 Euro zu. „Das lässt sich nicht mehr schönreden, das ist ein Armutszeugnis“ meinte der Generalsekretär der Hotelier-Vereinigung.

Ein Jahr Finanzhilfen - ausbezahlte und bereits genehmigte Beträge – - in Millionen Euro –		
Art der Finanzhilfe	absolut	in Prozent
Kurzarbeit	10.849 €	32,4 %
Garantieübernahmen	7.072 €	21,0 %
Stundungen von Steuern	5.545 €	16,5 %
Soforthilfen	3.648 €	10,9 %
Umsatzersatz	3.059 €	9,1 %
Fonds für Härtefälle	1.221€	3,6 %
Fixkostenzuschuss	776 €	2,3 %
Anderes	1.368 €	4,2 %
Summe	33.538 €	100 %

Über die Wirkung von Finanzhilfen kann man geteilter Meinung sein. Letztlich leisten sie aber keinen wirksamen Beitrag zur Erholung der Wirtschaft, sondern sichern nur das wirtschaftliche Überleben bzw. verzögern deren wirtschaftlichen Tod. Viele Zombieunternehmen wurden dadurch nur in einen künstlichen Schlaf versetzt.

Eine wirkliche Erholung ist erst mit einer steigenden Nachfrage möglich.

Ein paar Anmerkungen noch zum Staatsinterventionismus. In Deutschland stellte die Bundesregierung neun Milliarden Euro zur Rettung der Lufthansa in Form einer Staatsbeteiligung bereit. Nach einer Gesundung des Unternehmens kann dann diese Beteiligung an der Börse wieder verkauft werden.

Nicht so verfuhr Österreich mit der Lufthansatochter AUA: es wurde ein einmaliger Zuschuss von 350 Millionen Euro sowie ein Kredit in der Höhe von 50 Millionen Euro gewährt. Der Zuschuss ist auf jeden Fall verloren und der Kredit auch, wenn die Lufthansa die AUA in die Insolvenz schickt.

2.7 Das tägliche Leben mit einer steigenden Inflation

Seit dem Ausbruch der Pandemie haben die Preise für die Lebenshaltung deutlich angezogen. Laut Statistik Austria waren 2020 die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke um 2,9 Prozent teurer als ein Jahr zuvor. Obst und Mieten sind sogar um fast sechs Prozent gestiegen. Aber Ja: es gab auch durchaus Verbilligungen. So waren Flugtickets um fast 20 Prozent günstiger als noch vor einem Jahr zu haben.

Preissteigerungsindex für das tägliche Leben Veränderung 2020 gegenüber dem Vorjahr in Prozent	
	Veränderungen 2020 gegenüber dem Vorjahr
Wohnungen: Wasser und Energie	+ 2,1 %
Mieten	+ 5,5 %
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 2,9 %
Fleisch	+ 3,6 %
Obst	+ 5,8 %
Milch, Käse, Eier	+ 3,0 %
Brot und Getreideerzeugnisse	+ 2,0 %
Gemüse	+ 3,3 %
Treibstoffe (inzwischen haben aber die Treibstoffpreise wieder deutlich angezogen)	- 13,6 %
Flugtickets	- 19,7 %

2021 war ein weiterer Anstieg der Inflation zu beobachten, wiewohl die EZB diesen als vorübergehend eingestuft hat. So stieg die allgemeine Inflation in Österreich im Mai 2021 um 2,8 Prozent, in Deutschland 2,5 Prozent und in den USA sogar um 5 Prozent.

Der Warenkorb, der zur Berechnung der allgemeinen Inflationsrate herangezogen wird, bildet aber das tägliche Leben der Menschen nicht wirklich ab. Da sind beispielsweise auch Flugreisen, Elektrogeräte usw. enthalten.

Das Preisniveau des Miniwarenkorb, der einen wöchentlichen Einkauf abbildet und neben Nahrungsmitteln und Dienstleistungen auch Treibstoffe enthält, stieg im Mai im Jahresabstand um 6,6 Prozent (April: 4,5 Prozent).

Die ärmsten zehn Prozent der österreichischen Haushalte geben laut Konsumerhebung von Statistik Austria ungefähr 30 Prozent ihre Budgets fürs Essen sowie für Energie aus. Hinzukommen noch weitere 30 Prozent für die Miete. D.h. 60 Prozent für die Erhaltung des täglichen Lebens sind fix verplant.

Die enorme Verschuldung der Staaten wird dann – so vermuten viele Ökonomen – die Inflation deutlich befeuern. Die Menschen konnten in den Zeiten der Lockdowns kein Geld ausgeben. Wenn dann die Beschränkungen wegfallen, dann könnte sich die Kaufkraft ruckartig entladen. Zumal die Konsumwünsche auf ein eingeschränktes Angebot treffen werden: viele Gaststätten, Bekleidungsgeschäfte und Reisebüros haben die Krise nicht überlebt. Wenn aber viel Geld weniger Gütern hinterher jagt, dann legt die Inflation einen Turbo ein.

Dies würde dann auch zur Vernichtung privater Sparguthaben führen. Mit welchen Folgen für die privaten Sparguthaben bei einer Erhöhung der Inflationsrate zu rechnen ist, soll anhand einer jährlichen Inflationsrate von zwei und fünf Prozent und einer zu erwartenden Nullzinspolitik der EZB demonstriert werden.

Veränderung der Sparguthaben bei einer Nullzinspolitik der EZB:

a. zwei Prozent Inflation jährlich

- nach 10 Jahren sind nur mehr 82 Prozent der Kaufkraft vorhanden
- nach 20 Jahren sind nur mehr 67 Prozent der Kaufkraft vorhanden

b. fünf Prozent Inflation jährlich

- nach 10 Jahren sind nur mehr 61 Prozent der Kaufkraft vorhanden
- nach 20 Jahren sind nur mehr 38 Prozent der Kaufkraft vorhanden

Die Folgen wären bei zwei Prozent hart und bei fünf Prozent Inflation jährlich aber dramatisch. Eine große Abhilfe könnte nur der von den 5-Sternen-für-Österreich vorgebrachte Maßnahmenvorschlag einer Inflationsabgeltung für private Sparguthaben bieten. Mehr dazu im Maßnahmenkatalog.

Aber es könnte auch anders kommen wie das Beispiel Japans beweist – zumindest theoretisch.

2019 betrug die Staatsschuldenquote von Japan – bezogen auf das BIP - geschätzte 238 Prozent und 2020 sogar 266 Prozent. Die Inflationsrate lag aber 2019 nur bei 0,48 Prozent und 2020 bei -0,02 Prozent.

Für das Land der aufgehenden Sonne ist also eine bereits seit vielen Jahren währende Stagflation angesagt.

Eine solche Entwicklung im Euroraum wäre aber für die Rückzahlung der Staatsschulden eine Katastrophe, wo fix mit einem Abschmelzen der Staatsschulden durch eine möglichst hohe Inflation gerechnet wird. Daher ist auch mit einer solchen Entwicklung, einer Stagflation, überhaupt **nicht(!)** zu rechnen.

Das obige kleine Rechenbeispiel über die Vernichtung der Sparguthaben durch die Inflation kann mit umgekehrten – für Schuldner mit durchaus erfreulichen Konsequenzen - auf private, betriebliche und öffentlich Schulden angewandt werden.

Bei einer Nullzinspolitik der EZB und einer 5-prozentigen jährlichen Inflation entsprächen nach zwanzig Jahren 100 % Schulden nur mehr 38 Prozent ihrer Kaufkraft. D.h. bezogen auf die Kaufkraft muss nur mehr etwas mehr als ein Drittel der Schulden zurückgezahlt werden!

3. Das Leben der Betroffenen

3.1 Allgemeine Betrachtungen

Eine solche Pandemie bringt nicht nur Unternehmen in eine finanzielle Notlage, sondern auch die Menschen. Sie wird zu massiven Wohlstandsverlusten führen. Bereits vorher waren ungefähr 1,5 Millionen oder 16 Prozent aller Österreicher armutsgefährdet. Sie hatten weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens, also weniger als 1.259 €, zur Verfügung. In Wien sind sogar 20 Prozent armutsgefährdet. Tendenz stark steigend.

Jeder vierte Österreicher hat keine Ersparnisse mehr. Die Hälfte aller Österreicher hat am Monatsende keinen Cent mehr auf ihrem Konto. Jede größere Anschaffung von über 500 Euro beispielsweise wird zu einem schier unlösbaren Problem.

Für die Menschen geht es an das Eingemachte. Gar nicht wenige Menschen leben noch von ihren Ersparnissen aus besseren Tagen. Bis in den Herbst dieses Jahres hinein sind noch Mieten, Kredite und Rechnungen gestundet, sodass derzeit die soziale Not noch nicht so sichtbar wird.

Es darf auch nicht vergessen werden, dass vor der Pandemie viele Bezieher der Mindestsicherung oder Notstandshilfe legal oder auch illegal mit Gelegenheitsjobs ihr eher karges Einkommen aufbessern konnten. Dies ist in Zeiten wie diesen auch weggefallen. Monatlich dürfen 475 € – als geringfügig beschäftigt - dazu verdient werden. Bei einer Mindestsicherung von 949 € monatlich in Wien ist dies aber ein erklecklicher Betrag.

Verschwunden sind auch die Gelegenheitsjobs für Studierende. Dem Bericht „Studierende - Sozialerhebung“, 2019, ist zu entnehmen, dass im Sommersemester dieses Jahres zwei von drei Studenten in Österreich (65 Prozent) erwerbstätig waren. Das durchschnittliche Erwerbseinkommen betrug rund 860,- Euro. Damit stellte die Erwerbstätigkeit die wichtigste studentische Einnahmequelle dar.

Von den psychischen Belastungen für Familien mit Kindern, für Jugendliche und den Alten ganz zu schweigen. Dies haben viele einschlägige Studien bewiesen.

Viele Österreicher stehen vor so wichtigen Fragen wie...

- a. Werde ich wieder eine Arbeit bzw. werde ich beim Einstieg in die Arbeitswelt überhaupt eine Arbeitsstelle finden?
- b. Kann ich meine Kredite oder weitere Fixkosten weiter bedienen?
- c. Kann ich überhaupt überleben?

Der Stimme einer Verzweifelten, M. D., 33 Jahre alt, alleinerziehende Mutter siebenjähriger Zwillinge, soll Platz eingeräumt werden (entnommen Die Zeit, Nr. 14, 21. Jänner 2021)

„ Ich verdiene 900 Euro netto im Monat. Überstunden werden nicht ausgezahlt, sondern landen auf einem Stundenkonto. So hatte ich nicht mehr Geld, konnte aber freinehmen, wenn es keine andere Betreuungsmöglichkeiten für meine Kinder gab.

Zu meinen Einnahmen gehören noch zweimal 219 Euro Kindergeld. Der Vater der Kinder zahlt mir keinen Unterhalt, deswegen bekomme ich 232 Euro Unterhaltsvorschuss pro Kind vom Staat. Doch das reicht nicht. Ich bekomme deshalb 100 Euro als Aufstockung vom Jobcenter, auch Kosten für Betreuung und Mittagessen werden übernommen.

Mein Arbeitsplatz liegt 70 Kilometer entfernt, das bedeutet hohe Spritkosten. Manchmal fehlen mir am Ende des Monats 500 Euro, um alles zu bezahlen. Mein Arbeitgeber hat mir im Dezember 600 Euro Corona-Bonus bezahlt. Damit habe ich einen Teil meines Privatkredits bezahlt.

Ich spüre seit Monaten einen ungeheuren Druck. Ich darf nicht krank werden, weil ich niemanden habe, der auf meine Kinder aufpasst.“

3.2 Die bedrohliche Arbeitslosenstatistik

Der österreichische Arbeitsmarkt ist im ersten Coronajahr doppelt so stark wie jener in Deutschland eingebrochen. Die Zunahme an Arbeitslosen war eine der stärksten in der EU. Und dies einer mehr als generösen Kurzarbeiterregelung zum Trotz.

Zum Jahresende 2020 waren ungefähr 950.000 Personen entweder arbeitslos oder in Kurzarbeit beschäftigt. Dies entspricht ungefähr einem Viertel aller unselbständig Beschäftigten in unserem Land. Deutlich besser präsentierte sich die Arbeitsmarktlage Ende Juni dieses Jahres: Ungefähr 360.000 Personen waren noch arbeitslos gemeldet bzw. in Schulungen und 225.000 in Kurzarbeit (Stand Mai 2021). Insgesamt immer noch ungefähr 585.000 Personen.

D.h. ungefähr 370.000 Personen konnten wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden: Aufhebung der Lockdowns und Abbau der saisonalen Arbeitslosigkeit.

Während die Arbeitslosigkeit und die in Kurzarbeit Beschäftigten – eigentlich rasant – abgebaut werden konnten, so bleibt doch eine hohe Sockelarbeitslosigkeit bestehen wie die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit augenfällig vermittelt.

Im Juni 2021 waren bereits 86.000 Personen länger als zwölf Monate ohne Job, um rund 26.000 Personen oder + 44 Prozent mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahres.

Mehr als die Hälfte der Langzeitarbeitslosen und deren Kinder sind armutsgefährdet. Gesundheitliche Beeinträchtigungen wie auch Depressionen nehmen ebenso zu wie deren Zukunftsängste.

Mit den aus dem EU-Wiederaufbaufonds stammenden 300 Millionen Euro sollen Unternehmen dazu ermuntert werden, Langzeitarbeitslose einzustellen, indem für sechs Monate durchschnittlich 50 Prozent der Lohnkosten ersetzt werden. Ob dadurch der hohe Sockel von Langzeitarbeitslosen abgebaut werden kann, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden.

Für die Unternehmen sind solche Projekte lediglich wohlfeile Zuschüsse durch die öffentliche Hand, die es auszunützen gilt. Warum auch nicht?

Dies sei an einem kleinen Beispiel demonstriert: So wird ein 55-jähriger langzeitarbeitsloser Koch nach seinem vom AMS subventionierten Gastspiel während der Sommermonate in einem Kärntner Fremdenverkehrsbetrieb danach flugs wieder in die Arbeitslosigkeit – mit einer Option für die nächste Sommersaison – zurückkehren.

Mit diesem Modell wird daher nur gewissen Branchen geholfen, den Arbeitnehmern aber bestimmt nicht.

Eine weitere Problemgruppe bilden die Jugendlichen. Sie finden schwerer einen Einstieg ins Erwerbsleben und in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sind sie die Ersten, die gekündigt werden. Auch das Lehrstellenangebot hat deutlich abgenommen.

Mit Stand Juni 2021 waren nur mehr ungefähr 24.000 Jugendliche (unter 25 Jahren) arbeitslos.

Die österreichischen Jugendlichen werden aber offiziell auf dem österreichischen Arbeitsmarkt nicht als Problemgruppe wahrgenommen. Mit nur zehn Prozent stellt die Jugendarbeitslosigkeit den drittniedrigsten Wert in der EU dar.

Die offizielle Arbeitslosenstatistik erfasst aber jene nicht, die sich noch nolens volens in Ausbildung befinden. Die Pandemie hat nämlich viele junge Menschen gezwungen, weiterhin in der Ausbildung zu verharren.

Auch das Angebot an prekären Jobs ist stark geschrumpft. Dies gilt im besonderen Maße für die Startups, die für viele Jugendliche einen Einstieg ins Erwerbsleben bilden. Viele Jungunternehmer haben derzeit keine Aufträge. Sie erhalten auch keinerlei staatliche Unterstützung. Sie haben ja schließlich keine Lobby!

4. Wer soll das bezahlen? Wer hat so viel Geld?

4.1 Eine unendliche Staatsverschuldung?

Zunahme der Staatsverschuldung zwischen 2019 und 2020 in Prozent des BIP				
Veränderung 2019/ 2020 - Stelle	Länder	Schuldenquote 2019 – in Pro- zent des BIP	Schuldenquote 2020 – in Pro- zent des BIP	Zunahme der Schuldenquote in Prozent des BIP
1. Stelle	Schweden	39 %	42 %	3 %
2. Stelle	Schweiz	45 %	49 %	4 %
3. Stelle	Dänemark	29 %	35 %	6 %
4. Stelle	Tschechien	30 %	39 %	9 %
5. Stelle	Slowakei	45 %	55 %	10 %
6. Stelle	Deutschland	59 %	73 %	14 %
7. Stelle	Israel	62 %	77 %	15 %
7. Stelle	Slowenien	66 %	81 %	15 %
9. Stelle	Österreich	70 %	86 %	16 %
10. Stelle	Frankreich	101 %	119 %	18 %
11. Stelle	USA	111 %	131 %	20 %
12. Stelle	Ungarn	56 %	77 %	21 %
13. Stelle	Spanien	101 %	123 %	22 %
14. Stelle	Italien	139 %	162 %	23 %
15. Stelle	Großbritannien	80 %	108 %	28 %

Österreich hat sich 2020 im Zuge der Coronakrise um 16 Prozent in Relation zu seinem Bruttoinlandsprodukt (BIP) verschuldet. Ist das jetzt viel oder wenig, wird man sich fragen?

Eine einfache Antwort ist nicht so leicht zu finden. Dies hängt nämlich von mehreren Faktoren ab:

a. Die Verschuldung um 16 Prozentpunkte des BIP für Österreich ist zwar eine der höchsten in der Eurozone. Die Rückzahlung der Zinsen ist aber in Zeiten wie diesen kein Problem. Es gibt ja die Nullzinspolitik der EZB. Aber das Schuldenkapital muss irgendwann auch getilgt werden, außer es kommt zu einem drastischen Schulden-schnitt und einer Währungsreform mit all den schwerwiegenden Konsequenzen für Wirtschaft und Bürger.

Es gibt aber eine goldene Finanzregel: So lange das Wachstum der Staatsschulden geringer als das Wachstum des BIP (Inflation und Nettowachstum) ist, so lange bleibt die Staatsschuldenquote unverändert bzw. verringert sich sogar. Wenn beispielsweise die Staatsschulden eines Landes bei 120 Milliarden Euro liegen und das BIP bei 200 Milliarden Euro, dann beträgt die Staatsschuldenquote 60 %. Wenn sich dann in den nächsten Jahren die Staatsschulden um weitere 24 Milliarden Euro erhöhen und das BIP auf 240 Milliarden Euro wächst, dann bleibt die Staatsschuldenquote unverändert bei 60 Prozent.

D.h. ein Anstieg der Staatsschulden um 20 Prozent setzt auch ein Wachstum des BIP von 20 Prozent voraus, wenn die Verschuldung eines Staates nicht zunehmen soll.

b. Nur für die Staaten im Euroraum, deren nationalen Notenbanken nicht unabhängig sind, stellt die Höhe der Staatsverschuldung ein schwerwiegendes Problem dar. Japan beispielsweise kämpft mit einer Staatsschuldenquote von über 254 Prozent und die USA mit 131 Prozent im Jahr 2020.

Voraussetzungen hierfür, dass es zu keinem Zusammenbruch kommt, sind aber:

- (1) Die Gläubiger dürfen das Vertrauen in den Schuldner nicht verlieren;
- (2) Die Zinsen müssen weiterhin so niedrig bleiben;
- (3) Die Notenbanken müssen die Staatsanleihen ihres Landes aufkaufen dürfen.

c. Eine überdurchschnittliche Erhöhung der Staatsschuldenquote 2020 ist vor allem in den Mittelmeerländern der Eurozone zu beobachten, unabhängig von den jeweiligen Schäden durch das SARS-CoV-2-Virus. Eine Verschuldung dieser Staaten erfolgt vielmehr anhand der Möglichkeiten und nicht unbedingt anhand ihrer Notwendigkeiten.

Dies ist am Beispiel von Griechenland schön zu demonstrieren: Beim Beitritt Griechenlands zur EU 1981 lag seine Staatsschuldenquote bei mageren 23 % des BIP.

Im Jahr 2001- das Jahr zum Beitritt zum Euro - war sie bereits auf 107 Prozent gestiegen, windiger Manipulationen durch die Investmentbank Goldman Sachs zum Trotz, um die Aufnahme Griechenlands in die Eurozone zu schaffen. Fast 50 Prozent über den erlaubten Maastricht-Kriterien von 60 Prozent des BIP. Explosionsartige Erhöhung auf 181 Prozent des BIP im Jahr 2011. Ein kleiner Schuldenschnitt verringerte dann die Staatsschuldenquote Griechenlands geringfügig. Die vielen Milliarden dienten aber lediglich der Umschuldung. Sie veränderten die Staatsschuldenquote des Landes kaum.

Die Corona-Pandemie bot aber Griechenland die Möglichkeit, sich wiederum stark zu verschulden. 2019 betrug die Staatsschuldenquote 181 Prozent des BIP. 2020 wurde aber mit 205 Prozent des BIP ein historischer Höchststand erreicht: + 24 Prozent Anstieg bezogen auf das BIP in nur einem Jahr.

d. Kritische Stimmen verweisen auch darauf, dass die durch diese verantwortungslose Schuldenpolitik hervorgerufene Geldschwemme - für die letztlich alle Euroländer haften - notwendige Strukturreformen in den Südländern verhindert werden. Es besteht zudem auch keine Bereitschaft, die durch die Pandemie verursachten wirtschaftlichen Schäden über Steuern zu finanzieren.

4.2 Das Konjunkturprogramm der EU – ein Turbomotor für die europäische Wirtschaft?

Bereits im Frühsommer 2020 hat die EU-Kommission ein Konjunkturprogramm von fast einer Billion Euro geschnürt, das – so geplant – zu zwei Prozent Wachstum der europäischen Wirtschaft beitragen soll. Für dieses ambitionierte Unternehmen der EU kursieren unterschiedliche Bezeichnungen: Wiederaufbaufonds, Fonds de Relance, Recovery Fund oder auch NextGenerationEU (NGEU).

Der Fonds umfasst 750 Milliarden Euro: Es sind zum einen 390 Milliarden Euro als einmalige Zuschüsse und zum anderen 360 Milliarden als Darlehen. Die Darlehen können als Einstieg in die Eurobonds angesehen werden, da die Haftung auf alle EU-Länder ausgedehnt wird.

Das Konjunkturpaket als solches – Zuschüsse und Darlehen – stellen aber einen rechtswidrigen Tabubruch der EU dar, da eine gemeinschaftliche Verschuldung - und damit verbunden eine gemeinschaftliche Haftung – gegen die Verträge der EU verstoßen.

Folgerichtig wurden beim deutschen Bundesverfassungsgericht mehrere Beschwerden eingebracht. Inzwischen hat aber der Europäische Gerichtshof Karlsruhe die Zuständigkeit in dieser Causa abgesprochen und Deutschland hat daraufhin eingereicht.

Österreich hielt aber still. Vermutlich weil man auf eine generöse Zuteilung der Mittel hoffte. Ob es dem wirklich so war, soll die Tabelle weiter unten enthüllen.

Brüssler Geldspritze Zuschüsse aus dem EU-Corona Hilfspaket aus der Aufbau- und Resilienzfazilität				
ausgewählte Länder	Tatsächliche Auszahlung – in Milliarden Euro 1)	Einwohner- zahl – in Mil- lionen	Auszahlung aufgrund des Bevölke- rungsanteils – in Milliar- den Euro	+ Überde- ckung; - Un- terdeckung – in Milliar- den Euro -
Spanien	69,5 €	46,7	40,6 €	+ 28,9 €
Italien	68,9 €	60,5	52,7 €	+ 16,2 €
Frankreich	39,4 €	67,0	58,5 €	- 19,1 €
Deutschland	25,6 €	82,8	72,2 €	- 46,6 €
Polen	23,9 €	38,0	33,2 €	- 9,3 €
Griechenland	17,8 €	10,7	9,4 €	+ 8,4 €
Rumänien	14,2 €	19,4	16,8 €	- 2,6 €
Portugal	13,9 €	10,3	10,0 €	+ 3,9 €
Österreich	3,5 €	8,9	7,8	- 4,9 €

1) Die zugesagten Zuschüsse der einzelnen Länder stammen von der EU-Kommission und wurden dem Spiegel, Nr. 17, 24. 4. 2021, entnommen. Und zudem eigene Berechnungen

Das Muster der Verteilung der Zuschüsse durch die EU ist klar erkennbar: Eindeutige Bevorzugung der Mittelmeerländer der EU. Sie erhalten deutlich höhere Zuschüsse als ihnen aufgrund ihres Bevölkerungsschlüssels zustünde. Bei der Kreditvergabe dann, wofür ebenso eine gemeinschaftliche Haftung besteht, wird es dann eine neuerliche Bevorzugung der Mittelmeerländer geben.

Österreich wurde zwar hart von der Corona-Pandemie getroffen. Es hatte 2020 den fünftstärksten Einbruch des BIP in der EU zu verkraften und das heurige Jahr wird kaum besser werden. Wurde auf diesen Umstand bei der Zuteilung der Zuschüsse Rücksicht genommen?

Keineswegs! Nach dem Bevölkerungsschlüssel stünden nämlich unserem Land 7,8 Milliarden Euro zu, zugeteilt wurden aber nur 3,5 Milliarden Euro.

Die Unterdeckung beträgt somit 4,3 Milliarden Euro. Mit anderen Worten: Wir haben generös auf mehr als vier Milliarden Euro verzichtet. Oder besser: Es zeugt vielmehr davon, welcher Stellenwert dem Nettozahler Österreich in Brüssel zukommt.

Damit die Nordstaaten ihren Widerstand gegen gemeinsame Schuldenaufgaben, wurden klare Kriterien für die Vergabe des Geldes erstellt. Mindestens 37 Prozent der Zuschüsse sollten für Klimaschutz und 20 Prozent für Digitalisierung ausgegeben werden. Nach dem was bislang bekannt ist, wird von den hehren Zielen wenig bleiben. Es zeigt sich nämlich, dass die Südstaaten das viele Geld aus den neuen Schuldentöpfen weitgehend nach Belieben ausgeben dürfen (entnommen aus dem Spiegel, Nr. 25/ 19. 6. 2021).

Es ist daher auch nicht mehr von Bedeutung anzuführen, wenn böse Zungen hämisch anmerken, dass von Österreich in Brüssel ohnehin nur Projekte eingereicht wurden, die bereits im türkis-grünen Regierungsprogramm vorgesehen sind.

4.3 Die Europäische Zentralbank (EZB) – ein Goldesel, der immerwährend Golddukatenscheißt?

Das Eurosystem hat bis Ende 2018 über den Sekundärmarkt im Rahmen des Public Purchase Programm (PSPP) Staatsanleihen und unter einem anderen Namen Unternehmensanleihen in der Höhe von 2,4 Billionen Euro erworben. Hinzu kommen noch ungefähr zwei Billionen Euro, die 2020 im Rahmen des Pandemic Emergency Purchase Programm (PEPP) aufgelegt wurden. Die Haftungssumme für die EZB – somit für alle Steuerzahler in der Eurozone – ist auf den gewaltigen Betrag von 5,4 Billionen Euro (das sind 5.400 Milliarden Euro) angeschwollen. So Prof. Hans Werner Sinn, der ehemalige Leiter des deutschen WIFO-Instituts und derzeit als einsamer Rufer in der Euro-Wüste unterwegs.

Es ist umstritten, ob die EZB nicht dadurch monetäre Staatsfinanzierungen betreibt, obwohl ihr nach Artikel 123 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) der unmittelbare Erwerb von Staatsanleihen – wie andere Notenbanken – untersagt ist. Aber faktisch läuft es mit der Haftungsübernahme aller Euroländer auf das Gleiche, einer monetären Staatsfinanzierung, hinaus.

Das deutsche Bundesverfassungsgericht hat 2020 – im Gegensatz zum Europäischen Gerichtshof – die Staatsanleihenprogramme der EZB für kompetenzwidrig erklärt.

Das Hauptproblem sieht das BVerfG darin, dass sich das Eurosystem mit zunehmender Laufzeit des Programms und steigendem Gesamtvolumen in eine erhöhte Abhängigkeit von der Politik der Mitgliedsstaaten begeben, da das PSPP die Refinanzierungsbedingungen der Mitgliedsstaaten deutlich verbessert und sich dadurch erheblich auf die fiskalischen Rahmenbedingungen auswirkt.

Außerdem sind starke ökonomische und soziale Auswirkungen auf Bürger, etwa auf Aktionäre, Mieter, Eigentümer von Immobilien, Sparer und Versicherungsnehmer zu erkennen. Dadurch würden sich beispielsweise für Sparvermögen deutliche Verlustrisiken ergeben. Außerdem würden wirtschaftlich an sich nicht mehr lebensfähige Unternehmen aufgrund durch das PSPP abgesenkte allgemeine Zinsniveaus weiterhin am Markt bleiben - Zombifizierung der Wirtschaft“ (Auszüge aus dem zukunftsweisenden Erkenntnis).

Der Kauf von Staatsanleihen über den Sekundärmarkt durch die EZB wirkt sich direkt auf die Refinanzierung der Länder auf dem Primärmarkt aus. Da die Zinssätze zwischen Primär- und Sekundärmarkt nicht verschieden sein dürfen, da sich ansonsten für Investoren die Möglichkeit von Arbitragegeschäften ergäbe, können sich die Staaten günstig neu verschulden.

So konnte beispielsweise der Pleitestaat Griechenland 2019 Anleihen mit Negativzinsen (für die Anleihe musste sogar eine kleine Prämie bezahlt werden) auflegen.

Derzeit braucht Griechenland für seine Anleihen nur einen Zinssatz von 0,5 p. a. Prozent einplanen, während die wirtschaftlich so mächtige USA 1,5 Prozent p. a. zu befragen hat.

Man muss sich das einmal vorstellen: mein Unternehmen steht vor dem Bankrott und trotzdem erhalte ich wiederum nicht nur von meiner Hausbank einen zinsenlosen Kredit, sondern sie zahlt mir sogar eine Prämie dafür, dass ich von ihr überhaupt einen Kredit annehme, denn ich nie zurückzahlen kann oder auch will. Willkommen in der Welt der Hochfinanz!

Dies führte vor allem dazu, dass in vielen Euroländern jegliche Haushaltsdisziplin verabschiedet wurde.

Warum auch sollten sich die Regierungen in Italien, Frankreich, Griechenland oder auch bei uns durch neue Steuern oder auch Steuererhöhungen dem Protest ihrer Wähler aussetzen, wenn doch die EZB die Löcher in ihren Staatshaushalten ohnehin mit der Notenpresse finanziert? Inzwischen hat nämlich die EZB die Finanzierung der Haushaltsdefizite aller Euro-Länder übernommen.

Notwendige Strukturreformen können aber nicht durch eine Geldschwemme ersetzt werden. Früher oder später wird es für uns alle ein böses Erwachen geben.

150 europäische Ökonomen haben in einer Petition einen Schuldenschnitt für die Staatsschulden in den Euroländern gefordert.

Mit welchen Haftungen Österreich bei einem totalen Schuldenschnitt mit einer Währungsreform konfrontiert wäre, soll nicht verhehlt werden.

Bei einer geschätzten Haftungssumme Österreichs von 2,98 Prozent für die von der EZB aufgekauften Staatsanleihen (Forderungszession) in der Höhe von 5,4 Billionen Euro würden bei einem totalen Forderungsausfall für unser Land auf einen Schlag 161 Milliarden Euro schlagend werden. Dadurch würde sich unsere Staatsverschuldung von 325 Milliarden (April 2021) um den bereits weiter oben berechneten Betrag erhöhen.

Der neue Schuldenstand würde dann lauten: 485 Milliarden Euro oder 129 Prozent des BIP. Dieser wäre dann mehr als doppelt so hoch wie die derzeit außer Kraft gesetzten Maastrichtkriterien erlauben.

Darüber hinaus bestehen für die Republik weitere Haftungen wie beispielsweise die am Konjunkturprogramm der EU, die ebenfalls schlagend werden. Finis Austriae

4.4 Eine Finanzierung auf Pump – ein modernes Pyramidenspiel gigantischen Ausmaßes?

Vor allem in den Mittelmeerländern der Eurozone entwickelten sich die Staatsschulden nach einem ähnlichen Muster, wofür Griechenland ein sinnfälliges Beispiel bietet: jegliche Wirtschafts- und Finanzkrise erhöht die Staatsschuldenquote abrupt, ohne dass sie nach dem Ende der jeweiligen Krise wieder abgebaut werden.

Die Staatsschulden sollen durch immer mehr neue Schulden getilgt werden. Hat die EZB mit dem billigen Geld ein monetäres Perpetuum mobile geschaffen? Oder ist es vielmehr nur ein Pyramidenspiel von gigantischem Ausmaß?

Bernard L. Madoff hat 2008 mit seinem jahrzehntelang praktizierten Schneeballsystem einen Schaden von 50 Milliarden Dollar angerichtet. Er zahlte Anlegern in seinem Wertpapierfonds in einem steten gleichbleibenden Strom Gelder aus, die er vorher von neuen Investoren erhielt. Von zehn bis zwölf Prozent jährlicher Rendite war die Rede.

Einmal in Gang gesetzt funktioniert ein solches System so lange mehr Geld zugeschossen als ausbezahlt wird.

Für die Europäische Zentralbank gilt daher, dass sie so lange neues Geld schaffen kann, so lange nicht die Inflation seinen Realwert auffrisst.

Vorbild für die EZB könnte Robert Mugabe, der ehemalige und bereits verstorbene Staatspräsident von Zimbabwe, sein. Mugabes Minister kamen zu ihrem Präsidenten und sagten ihm, dass man Brücken, Straßen und Schulen benötige, aber die Staatskassen leer seien. Daraufhin hat Mugabe nur erwidert: Wenn kein Geld da ist, dann druckt es einfach. Gesagt getan. Ende vom Lied: 2008 hatte das Land eine Inflation von 80 Milliarden Prozent – und zwar im Monat. Geübte Mathematiker können jetzt nicht nur die Inflationsrate für ein Jahr ausrechnen, sondern auch die Zahl der Nullen dieser aberwitzigen Inflationsrate auch richtig benennen.

Die Gefahren, die vom billigen Geld ausgehen, sind allgemein bekannt. Unterschiedlich sind nur die Reaktionen darauf.

Es gibt aber durchaus ernst zu nehmende Stimmen, die diese schwierige Situation für eine zu bewältigende Aufgabe halten.

Zwei prominente ökonomische Theorien, die einer uneingeschränkten Schuldenpolitik das Wort reden - und kritische Stimmen dagegen:

A. Die Saldenmechanik

Der deutsche Ökonom Wolfgang Stützel entwickelte die Theorie der „Saldenmechanik“, die seit geraumer Zeit vom Publizisten Peter Michael Lingens in seinem Buch „Die Zerstörung der EU“, Falter Verlag, 2019, vehement propagiert wird.

Dieser Theorie zufolge gibt es – so Lingens - die nicht zu hinterfragende Gewissheit (als ob es ökonomische Gewissheiten überhaupt gäbe), dass es keinen Verkauf ohne einen entsprechenden Einkauf geben kann. Jede Ausgabe – von neuen Schulden beispielsweise – führt in den drei Sektoren wie öffentliche Hand, Unternehmen und private Konsumenten zu den entsprechenden Einkäufen und in der Folge zu einem Wirtschaftswachstum.

Einer unbeschränkten Schuldenpolitik kann aber nur so lange das Wort geredet werden, so lange die Zinsen für die Schulden – mit all den Folgen für private Sparer und einer „Zombifizierung“ der Wirtschaft - niedriger als das Wachstum des BIP sind.

Dieses Befürworten einer unlimitierten Schuldenpolitik, wenn nur das Zinsniveau niedriger als das Wirtschaftswachstum ist, führt gemäß dieser Regel letztlich zur absurden Konsequenz, dass sogar bei einem Schrumpfen der Wirtschaft (Rückgang des BIP) Schulden gerechtfertigt sind, wenn nur die Rate der Negativzinsen höher ist.

Es ist nämlich auch nicht Einerlei, wofür das geliehene Geld ausgegeben wird. Selbst Investitionen in die Infrastruktur können sich als ein Strohfeuer entpuppen. Wie beispielsweise Schnellstraßen zu nicht frequentierten Golfplätzen in Spanien oder ein eigener Fuhrpark mit Schneeräumgeräten und eigens angestellten Gemeindearbeitern in Nordgriechenland – in einer Region, wo durchschnittlich alle zehn Jahre aufgrund der starken Schneefälle ihr Einsatz erforderlich ist.

Ein weiteres gewichtiges Argument gegen die Saldenmechanik hat der ehemalige Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank, Ewald Novotny, vorgebracht: „Jeder Staat wäre aber gut beraten, nicht in eine Finanzkrise zu kommen – und zwar im Sinne einer langfristigen (politischen und wirtschaftlichen) Stabilität.“

B. Modern Monetary Theorie

Eine weitere Theorie, die für eine weitgehend unbeschränkte Verschuldung von Staaten eintritt, ist die „Modern Monetary Theorie“, die von folgenden Prämissen ausgeht:

(1) Geld hat sich historisch als Machtmonopol des Staates entwickelt, um Steuern einheben zu können. Frugale Abgaben können nämlich nicht unbegrenzt gelagert werden.

(2) Daraus folgt, dass ein Staat jederzeit so viel Geld drucken kann, wie er benötigt, damit er seine Schulden zahlen kann wie auch die Bürger ihre Steuern zahlen können.

(3) Entscheidend ist aber, dass dann überschüssiges Geld durch Steuern wieder abgeschöpft wird, um eine Inflation zu verhindern.

Und gerade diese entscheidende Bedingung der Modern Monetary Theorie wird von den Staaten in der Eurozone mit Sicherheit nicht erfüllt werden: Weder durch die Einführung einer Vermögenssteuer im reichen Norden Italiens noch durch eine Erbschaftssteuer nach britischem Vorbild in Österreich. Im Gegensatz zu den USA, wo das Billionen-Aufbauprogramm der neuen Biden-Präsidentschaft auch über höhere Gewinnsteuern der Unternehmen finanziert werden soll.

C. Zusammenbruch des Eurosystems

Es sind aber auch immer mehr Stimmen zu vernehmen, die wegen einer ausufernden Verschuldung der Euro-Staaten einen Zusammenbruch des Euro-Systems befürchten.

Die folgenden Aussagen stammen weitgehend aus dem Bestsellerbuch von Marc Friedrich & Matthias Weik „Der größte Crash aller Zeiten“, das bereits 2019 – noch vor Ausbruch der Corona-Krise – erschien.

1. Frage: Warum kann die Eurozone nicht funktionieren?

Eine Währungsunion kann nur dann funktionieren, wenn die einzelnen Länder weder kulturell noch wirtschaftlich zu verschieden sind. In der Eurozone wurden aber höchst unterschiedliche Länder zusammengepfertcht.

2. Frage: Ist diese Unterschiedlichkeit nicht auch für die USA gegeben?

Jeglicher Verweis auf die USA ist deshalb nicht zielführend, da es sich hierbei doch um einen homogenen Staat mit gleicher Sprache und Kultur handelt. Des Weiteren gibt es in den USA zwölf regionale Notenbanken, die den Zinssatz an die regional spezifischen Situationen anpassen dürfen.

Der Euro hingegen ist eine von Frankreich verlangte Kopfgeburt, um die Vorherrschaft der D-Mark, der deutschen „Atombombe“, zu brechen.

Den einzelnen Bundesstaaten in den USA ist – im Gegensatz zu den Euroländern – auch untersagt, eigenständig Anleihen aufzulegen. Und das ist ja das eigentliche Problem. Ein Griechenland oder sogar ein Italien wären in den USA nicht möglich

3. Frage: Wer profitiert eigentlich vom Euro?

Die arbeitenden Menschen in der Eurozone sind es jedenfalls nicht! Das Eurosystem ist in erster Linie ein gigantisches Subventionsprogramm für die Exportindustrie. Und die Gewinner sind dann vor allem die Aktionäre dieser Unternehmen. Aber es soll nicht unterschlagen werden, dass dadurch vielfach auch Arbeitsplätze geschaffen und zeitweise gesichert werden, die aber aufgrund einer jederzeit möglichen Verlagerung der Produktion in Billig-Lohnländer stets gefährdet sind

4. Frage: Warum hängen die südlichen Länder in der Eurozone so am Euro?

Als die größten Fans des Euro entpuppen sich die Euro-Mittelmeerländer. Niemand von ihnen will eine Rückkehr zu ihren alten, weichen, nationalen Währungen.

Man strebt vielmehr eine allgemeine Haftungsübernahme ihrer Schulden durch die reichen Euro-Länder an. Denn nur so ist eine immer währende Schuldenpolitik zu Nullzinsen möglich. **Die neuen Schlagworte hierfür lauten „Schuldenunion“ oder auch „Vergemeinschaftung der Schulden“.** Letztlich soll es dann uns allen gleich schlecht gehen!

Und die Chancen für die Südstaaten stehen gar nicht so schlecht, ihr angestrebtes Ziel auch zu erreichen. Seit dem Ausscheiden von Großbritannien aus der EU bilden sie nämlich auch in dieser Institution die Mehrheit, was die Durchsetzung ihrer selbstsüchtigen Interessen durchaus erleichtern wird.

5. und letzte Frage dazu: Wann gibt es den Crash des Euro?

Hinsichtlich der Tatsache eines Zusammenbruches des Euro besteht bei den Euro-Skeptikern Einigkeit. Dissens besteht lediglich über den Zeitpunkt. Die einen sprechen von einem Zeitraum von nur wenigen Jahren, während andere davon ausgehen, dass es möglich sein wird, das Scheitern für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahren hinauszuzögern.

Die beiden Autoren, Friedrich und Weik, haben sich aber bezüglich des Zeitpunktes des Zusammenbruches des Euro weit aus dem Fenster hinausgelehnt: **Sie prophezeiten nämlich kühn das Jahr 2023!**

5. Die im Dunkeln sieht man nicht! Vorschläge zur Stärkung der Nachfrage

5.1 Einführung eines monatlichen Mindestlohnes von € 1.920,-- - und zwar in allen Kollektivverträgen

Die Covid-19-Pandemie ließ es für alle sichtbar werden: systemrelevante Berufe sind weiblich, instabil und schlecht bezahlt. In systemrelevanten Berufen wie Verkäuferinnen, Kranken- und Altenpflegerinnen, Reinigungskräfte et al. liegt der Frauenanteil bei 75 Prozent.

Mann(!) muss sich das einmal vorstellen: Eine 24-Stunden-Betreuerin in der Altenpflege erhält für ihren Einsatz rund um die Uhr nur ungefähr € 1.300,-- brutto monatlich, während andere für eine Nicht-Tätigkeit 80 Prozent ihrer ehemaligen Einkünfte löhnen (entnommen aus Krone bunt, 29. 11. 2020, Klaus Woltron, Geld für nichts. Warum noch arbeiten gehen?).

Unnütze Bullshitjobs versus sinnvolle Scheißjobs!

Unter Bullshitjobs versteht David Graeber in seinem Buch „Bullshitjobs - Vom wahren Sinn der Arbeit“ solche unnütze Berufe wie Anwälte in Unternehmen, Finanzdienstleister, Ökonomen, PR- und Werbeleute sowie Betriebsberater. Die Liste ließe sich fast endlos fortsetzen. Ihr Bestimmungsmerkmal ist ganz einfach: Was passiert, wenn sie ganz einfach verschwinden? NICHTS!

Jeder kann für sich selbst überprüfen, ob er in einem Bullshit-Job tätig ist oder auch war. Ich übte als Sozialforscher auch viele Jahre eine solche Tätigkeit aus, bevor ich in den Lehrberuf wechselte.

Dem stehen aber die Arbeitenden in den sinnvollen und produktiven Bereichen gegenüber, die dann systemrelevant sind. Ohne sie würde nämlich unser wirtschaftliches und soziales System zusammenbrechen.

Wirklich kurios ist aber: Während die Arbeitenden in den produktiven Bereichen immer weniger und auch in Wirtschaftskrisen als Erste freigesetzt werden, so steigt die Zahl der Aktenschieber – in privaten Unternehmen wie auch im öffentlichen Bereich gleichermaßen – stetig an. Einer Zeitstudie bei Beschäftigten zufolge, die solche Bullshitjobs ausüben, erbrachte, dass sie nicht mehr als 40 Prozent ihrer Arbeitszeit der eigentlichen Haupttätigkeit widmeten, den Rest verbrachten sie mit Besprechungen, administrativen Tätigkeiten oder einfach mit Unterbrechungen.

Die 5-Sterne-für-Österreich vertreten daher mit Nachdruck die Forderung, in allen Kollektivverträgen die monatlichen Mindestgehälter mit € 1.920 bei 160 Stunden monatlicher Normalarbeitszeit bzw. einem Stundenlohn von € 12,-- brutto festzuschreiben.

5.2 Aufstocken der Mindestpensionen auf € 1.300,-- netto (incl. Ausgleichzulage) für Alleinstehende und von € 2.050,-- netto für Ehepaare und Lebensgemeinschaften

Die derzeitige Situation ist mehr als beschämend. Ein ab Iran afghanischer Wirtschaftsflüchtling beispielsweise, ein Hasara, eine persische Sprache – Dari - sprechender gläubiger Schiit, der über den Iran, wo er von seinen Glaubensgenossen ausgebeutet wurde, nach der Durchreise von mindestens sieben Staaten (davon drei(!) EU-Länder) über den Landweg nach Österreich kam, und sich nunmehr als stolzer Bezieher einer Mindestsicherung in Wien präsentiert, erhält – ohne jemals einen Cent in unsere Sozialkassen eingezahlt zu haben und mit Null-Beitragsjahren – mit monatlich netto € 949,-- um exakt 51 € weniger als jemand, der viele Jahre gearbeitet hat, und mit einer Mindestpension (inkl. Ausgleichzulage) von € 1.000,48 (2021) sein karges Leben fristen muss.

Und wie viele Menschen in unserem Land – vor allem Frauen und Jugendliche – müssen um 1.000,-- € netto Tag für Tag arbeiten („malochen“) gehen? Da kommt dann Freude auf!

Wir von den 5-Sternen-für-Österreich erheben die Forderung, dass die monatlichen Mindestpensionen (Pension mit Ausgleichzulage) auf € 1.300,-- netto für Alleinstehende und für Ehepaare bzw. Lebensgemeinschaften auf € 2.050,-- netto zu erhöhen sind. Und zwar nur für jene Pensionisten, die ihren Lebensabend in unserem Land verbringen. Pensionisten, die nicht mehr dauerhaft in Österreich leben, deren Pensionen müssen dann an die Kaufkraft in ihren jeweiligen neuen Wohnländern angepasst werden.

Jegliche Erhöhung der Mindestpensionen macht aber im Sinne einer Pensionsgerechtigkeit eine Anpassung der unteren Pensionsklassen erforderlich. Wir schlagen daher vor, dass zudem bei Pensionen bis zur Einkommensklasse von € 1.600,-- netto, eine 20-prozentige Erhöhung – mit einer prozentuellen Ausdünnung nach oben – vorgenommen wird.

Wenn man aber einer Erhöhung der ASVG-Mindestpensionen das Wort redet, dann darf hierbei eine Begrenzung der Höchstpensionen für Beamte und andere Bedienstete im öffentlichen Bereich nicht ausgespart bleiben. Neu vergebene Pensionen dürfen die jeweils aktuelle Obergrenze für ASVG-Pensionen nicht mehr überschreiten. Derzeit (2021) liegt die ASVG-Grenze bei € 4.563,39 brutto.

5.3 Solidarzuschlag für die wirklich Reichen unseres Landes: Steuerliches Abschöpfen der Einkommen von mehr als dem Zwanzigfachen des österreichischen Durchschnittseinkommens

Der Abstieg der alten Mittelschicht – Selbständige und Handwerker – und die Reallohnverluste bei den unteren Einkommensbeziehern in den westlichen Industriestaaten sind unumstößliche Prozesse. In Deutschland – und in Österreich wird es sich sicherlich genau so verhalten – befindet sich bereits jeder Vierte in einem prekären Arbeitsverhältnis. Acht Millionen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland und vermutlich 800.000 bei uns.

Die Löhne und Gehälter bei den unteren zehn Prozent der Einkommensbezieher sind in den letzten zwanzig Jahren um über 30 Prozent gesunken.

Währenddessen explodierten die Gehälter der Top-Manager. In den Achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts betrug die Vergütung der Spitzenmanager in den börsennotierten Unternehmen Deutschlands nicht mehr als das Zwanzigfache eines Durchschnittseinkommens. In den Neunziger Jahren stiegen sie bereits auf das Vierzigfache. Und heute liegt das Verhältnis bei den DAX-Unternehmen bei 1:180. Für Österreich wurde von uns anhand ausgewählter börsennotierter Unternehmen ein Verhältnis von 1:105 – ohne Boni-Zahlungen allerdings – errechnet.

Solche extremen Einkommensverteilungen gefährden zum einen den sozialen Frieden in unserem Land und zum anderen werden diese massiven unsozialen Überzahlungen nicht zuletzt durch eine restriktive Lohnpolitik in den unteren Einkommenschichten finanziert.

Eine Änderung in Richtung von mehr Einkommensgerechtigkeit bei den Spitzeneinkommen, nämlich die Rückführung auf ein Verhältnis von 1:20, bedarf nur einer kleinen Änderung im Einkommensteuergesetz:

Einkünfte aus nicht selbständiger Arbeit nach Paragraph 19 des EStG, die die 500.000-Euro-Grenze jährlich überschreiten, sind mit dem diese Grenze überschreitenden Betrag zu 100(!) Prozent zu versteuern. Jeglicher Betrag unter € 500.000 jährlich unterliegt der Regelung nach dem derzeit geltenden EStG.

5.4 Erhöhen des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent

Der österreichische Arbeitsmarkt ist im ersten Coronajahr doppelt so stark wie jener in Deutschland eingebrochen. Die Zunahme an Arbeitslosen war eine der stärksten in der EU. Und dies einer mehr als generösen Kurzarbeiterregelung zum Trotz.

Zum Jahresende 2020 waren ungefähr 950.000 Personen entweder arbeitslos oder in Kurzarbeit beschäftigt. Dies entspricht ungefähr einem Viertel aller unselbständig Beschäftigten in unserem Land. Deutlich besser präsentierte sich die Arbeitsmarktlage Ende Juni dieses Jahres: Ungefähr 360.000 Personen waren noch arbeitslos gemeldet bzw. in Schulungen und 225.000 in Kurzarbeit (Stand Mai 2021). Insgesamt immer noch ungefähr 585.000 Personen.

D.h. ungefähr 370.000 Personen konnten wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden: Aufhebung der Lockdowns und Abbau der saisonalen Arbeitslosigkeit.

Die Frage hierbei ist aber, wie groß der Anteil der temporären Corona-Jobs in Produktion und Gesundheitswesen am raschen Abbau der Arbeitslosigkeit ist.

Während die Arbeitslosigkeit und die in Kurzarbeit Beschäftigten – eigentlich rasant – abgebaut werden konnten, so bleibt doch - wie die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit sinnfällig vermittelt - eine hohe Sockelarbeitslosigkeit bestehen.

Im Juni 2021 waren bereits 86.000 Personen länger als zwölf Monate ohne Job, um rund 26.000 Personen oder 44 Prozent mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahres!

Mehr als die Hälfte der Langzeitarbeitslosen und deren Kinder sind armutsgefährdet. Gesundheitliche Beeinträchtigungen wie auch Depressionen nehmen ebenso zu wie deren Zukunftsängste.

Hinzu kommt, dass global agierende Unternehmen die Covid-19-Pandemie lediglich dazu benutzen, um ihre unsoziale Politik, die Produktion in Billiglohnländer zu verlagern, nachdem man die staatlichen Förderungen als Zusatzgewinn verbucht hat, zu maskieren.

Abschreckende Beispiele dazu sind das im chinesischen Eigentum befindliche Elektromotoren-Werk ATB in Spielberg, dem österreichischen „rust belt“, mit 400 geplanten Freisetzungen oder die MAN-LKW- und Busfertigung in der stolzen Industriestadt Steyr, wo immer noch direkt bzw. indirekt tausende Arbeitsplätze gefährdet sind.

Wenn dann die Arbeitslosigkeit eintritt, dann muss beispielsweise ein Industriearbeiter mit seinen 2.000,-- € netto monatlich plötzlich mit € 1.100 (Arbeitslosengeld 55 % vom letzten Einkommen) sein Leben mit den vielen Fixkosten (Kredite, Miete, Auto usw.) bestreiten.

Es zeugt von großer sozialer Kälte, wenn sich der neoliberale Arbeitsminister Martin Kocher gegen eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes mit dem Argument sträubt, dass dann der Anreiz, eine neue Arbeit zu suchen, schwinde. Wie man sich mit einer Halbierung der monatlichen Einkommen auf der sozialen Hängematte ausruhen kann, das soll der Herr Minister einmal vormachen.

Ein Vorschlag des ÖVP-Wirtschaftsbundes, der nämlich vorsieht, dass das Arbeitslosengeld mit der Dauer seines Bezuges auf unter 40 Prozent sinkt, würde dann die Arbeitslosen in das totale soziale Elend stürzen.

In Österreich werden als Arbeitslosengeld nur 55 Prozent des letzten Nettoeinkommens ausgezahlt - und dies ist im Vergleich zu anderen Ländern viel zu wenig.

Wie die Beispiele aus anderen Ländern zeigen, besteht für Österreich durchaus ein Nachholbedarf: Arbeitslose in Deutschland erhalten für die ersten zwölf Monate der Arbeitslosigkeit bis zu 60 Prozent, in Dänemark unter bestimmten Bedingungen bis zu 90 Prozent, in Schweden für höchstens 300 Tage 80 Prozent des letzten Einkommens, in der Schweiz 70 Prozent des letzten Einkommens für zwei Jahre sowie in den Niederlanden 75 Prozent des letzten Gehaltes für zwei Monate und anschließend 70 Prozent.

Arbeitslose Menschen sind vor allem jetzt in der Corona-Krise stark armutsgefährdet. Ein höheres Arbeitslosengeld würde nicht nur Menschen ohne Arbeit vor einem finanziellen und sozialen Totalabsturz bewahren, auch für die Gesamtwirtschaft würde das mehr Kaufkraft bedeuten und den durch die Corona-Pandemie bedingten wirtschaftlichen Einbruch abschwächen.

Die Forderung der 5-Sterne-für-Österreich kann daher nur lauten: Erhöhung des Arbeitslosengeldes von derzeit 55 Prozent auf 70 Prozent für die nächsten fünfzehn Monate andauernder Beschäftigungslosigkeit. Eine Verlängerung des Bezuges des Arbeitslosengeldes auf 15 Monate ist deshalb mit Nachdruck zu fordern, da in jeder Wirtschaftskrise die Dauer jeglicher Sucharbeitslosigkeit exorbitant zunimmt.

5.5 Abgelten der Inflation für private Sparguthaben bis zu € 50.000,--

Die Inflation ist wieder zurückgekehrt. Die allgemeine Inflation stieg in Österreich im Mai 2021 um 2,8 Prozent, in Deutschland 2,5 Prozent und in den USA sogar um 5 Prozent.

Der Warenkorb, der zur Berechnung der allgemeinen Inflationsrate herangezogen wird, bildet aber das tägliche Leben der Menschen nicht wirklich ab. Da sind beispielsweise auch Flugreisen, Elektrogeräte usw. enthalten.

Das Preisniveau des Miniwarenkorb, der einen wöchentlichen Einkauf abbildet und neben Nahrungsmitteln und Dienstleistungen auch Treibstoffe enthält, stieg im Mai dieses Jahres im Jahresabstand um 6,6 Prozent (April: 4,5 Prozent).

Eine durch die Geldschwemme von EZB, EU und Neu-Verschuldung der Euro-Staaten ausgelöste jährliche Inflation von nur fünf Prozent, was viele Ökonomen befürchten, führe aber zu einer Kernschmelze unserer Sparguthaben:

- **Kaufkraftschwund von Sparguthaben nach zehn Jahren: - 39 Prozent**
- **Kaufkraftschwund von Sparguthaben nach zwanzig Jahren: - 62 Prozent**

Wir, die 5-Sterne-für-Österreich, verlangen mit Nachdruck, dass die öffentliche Hand österreichischen Staatsbürgern ihre privaten Sparguthaben bis € 50.000,- pro Person jeglichen Alters mit zwei Prozent (Nettozinsen) jährlich bzw. in der Höhe der jährlichen Inflationsrate als Abgeltung der Inflation subventioniert.

Beispielsweise durch ein eigenes Sparbuch „Austria A“ mit dem von der öffentlichen Hand garantierten Zinssatz in der Höhe der jährlichen Inflationsrate (KESt.-frei).

Eine solche Aktion, wie vorgeschlagen, würde nicht nur zur Rettung unserer Sparbücher führen, sondern wäre für jüngere Generationen auch ein attraktives Angebot, um mit jährlichen Sparbeiträgen fürs Alter und für Eventualitäten des täglichen Lebens vorzusorgen. Ein „Notgroschen“ sozusagen. Was in Zeiten einer Corona-Wirtschaftskrise äußerst hilfreich wäre.

Diese Aktion „Rettung unserer Sparbücher und Aufbau einer Altersvorsorge“ würde bei einer Inflationsrate von zwei Prozent das Budget des österreichischen Staates mit jährlich ungefähr 600 Millionen Euro belasten.

Bezüglich ihrer Finanzierung sei nur darauf verwiesen, dass sich der österreichische Staat jährlich ungefähr sechs Milliarden Euro an Zinsen für die Schulden der öffentlichen Hand (Bund, Länder und Gemeinden) erspart, die bei einem Zinsniveau des Jahres 2007 angefallen wären. Und davon profitieren die Euro-Staaten auch derzeit, wenn wieder Schuldenberge angehäuft werden. Die Zunahme der Schuldenquote Österreichs zwischen 2019 und 2020 betrug **16(!) Prozentpunkte - bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP)**.

Es ist daher nur recht und billig, wenn ein kleiner Teil dieser „windfall“-Gewinne (nicht mehr als zehn Prozent) an jene Bürger rückerstattet wird, deren Sparbücher durch die EZB geplündert wurden und weiterhin verstärkt geplündert werden.

5.6 Lockdown-Gutscheine für den regionalen stationären Handel und Dienstleistungen

Der bekannte deutsche Ökonom Peter Bofinger modifizierte einen Vorschlag des Deutschen Handelsverbandes, demzufolge jedem deutschen Bürger 500 Euro ausbezahlt seien. Bofinger konnte nämlich dieser Schrotflintenmethode nichts abgewinnen. Diese hatte schon in den USA nicht funktioniert.

Er schlug stattdessen vor, dass Gutscheine in der gleichen Höhe ausgegeben werden, die nur beim **stationären(!)** Handel eingelöst werden dürfen. Der Online-Handel – so Bofinger – brummt und der stationäre Handel sitzt auf seinen vollen Lagern.

Wir von den 5-Sternen-für-Österreich wollen diesen interessanten Vorschlag noch weiter verbessern und auch den Dienstleistungssektor einbeziehen.

Es wird daher empfohlen, namentlich adressierte Gutscheine auszugeben, die unter Vorlage eines Personalausweises sowohl in allen stationären Handels- wie auch Dienstleistungsbetrieben eingelöst werden dürfen.

Wobei folgende Regelung Platz greifen sollte:

- **Fünf Gutscheine zu à € 50,-- im Gesamtwert von € 250,-- für Einpersonenhaushalte;**
- **Zehn Gutscheine zu à € 50,-- im Gesamtwert von € 500,-- für Mehrpersonenhaushalte;**

Bezogen auf die Zahl von fast vier Millionen Haushalten in Österreich und davon ungefähr 1,5 Millionen Einpersonenhaushalte (fast 40 Prozent aller österreichischen Haushalte) lässt sich ein Finanzierungsbedarf in der Höhe von 1,62 Milliarden Euro berechnen.

Ein solcher Betrag wird sich doch im 50-Milliarden-Coronahilfen-Budget der Bundesregierung locker unterbringen lassen.

Literaturliste

Für die vorliegende Ausarbeitung wurden weit über hundert Artikel, Statistiken und Studien von Printmedien und Online herangezogen. Es würde aber zu weit führen, die alle hier anzuführen. Die Literaturliste umfasst daher nur die verwendeten Bücher.

Bürger Hans: Selbstverständlich ist nichts mehr, Braumüllerverlag, Wien, 2020.

Goffart Daniel: Das Ende der Mittelschicht, Abschied von einem deutschen Erfolgsmodell, Berlin-Verlag, Berlin, 2019.

Friedrich Marc, Weik Matthias: Der größte Crash aller Zeiten, Eichborn Verlag, Köln, 2019.

Graeber David: Bullshit-Jobs, Vom wahren Sinn der Arbeit, Klett-Cotta, Stuttgart, 2018.

Lingens Peter Michael: Die Zerstörung der EU, Falter Verlag, Wien, 2019.

Marin Bernd: Die Welt danach, Falter Verlag, Wien, 2021.

Otte Max: Weltsystem Crash, Finanzbuchverlag, München, 2019.

Otte Max: Die Krise hält sich nicht an Regeln, 99 Antworten auf die wichtigsten Fragen nach dem Corona-Crash, Finanzbuchverlag, München, 2021.

Reiss Karina, Bhakdi Sucharit: Corona unmasked, Neue Zahlen, Daten, Hintergründe, Goldegg-Verlag, Berlin, 2021.

Reckwitz Andreas: Das Ende der Illusionen, Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne, Edition Suhrkamp, Berlin, 2019.

Stelter Daniel: Coronomics, Nach dem Corona-Schock: Neustart aus der Krise, Campus Verlag, Frankfurt/New York, 2020.

Schwab Klaus, Malleret Thierry: Covid-19: Der große Umbruch: Forum Publishing, Genf, 2020.

Sterkel Gabriele et al.: Mindestlöhne gegen Lohndumping, VSA-Verlag, Hamburg, 2006.

Stöferle Ronald et al.: Die Nullzinsfalle, Wie die Wirtschaft zombifiziert und die Gesellschaft gespalten wird, Finanzbuchverlag, München, 2019.

Abschließend noch einen Hinweis in eigener Sache. Die Anschrift unserer Website, unsere E-Mail-Adresse, Angaben zu unserem Spendenkonto, Aufruf unseres Youtubekanals sowie andere nützliche Hinweise können Sie dem Info-Blatt auf der Rückseite dieser Broschüre entnehmen.

Und spenden Sie! Denn nur so können wir unsere zarte Stimme erheben und für eine größere Verbreitung sorgen.



Website: <https://www.5-sterne-oesterreich.at>

E-Mail: fuenf-sterne-oesterreich@hotmail.com

Youtube-Kanal: Kurt Traar

Facebook: 5 Sterne fuer Oesterreich Partei

Verein: 5-Sterne-für-Österreich

Spendenkonto: 5 Sterne für Österreich

IBAN-Code: AT59 2011 1841 2117 6600

BIC-Code: GIBAATWWXXX (nur bei Überweisungen aus dem Ausland anführen)